

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Ungarn 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sieb- und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 17. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Anzeigenzeile 80 Pfennig, Rückseite 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das gesetzlich bedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei gesetzlich bedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Brecht den Terror!

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Zahlreiche Nachrichten aus dem ganzen Reich, besonders aber aus den Gutsbezirken, bestätigen, daß ein

erheblicher Terror

ausgeübt wird, um die breite Masse des Volkes von der Abstimmung zum Volksentscheid fernzuhalten.

Die Geschäftsstellen der Landbünde fordern die landwirtschaftlichen Arbeitgeber auf, genau darüber zu wachen, ob die Landarbeiter zur Abstimmung gehen.

Durch Zureden und Drohungen

will man versuchen, die stimmberechtigten Staatsbürger an der Abstimmung zu verhindern.

Man scheut sogar nicht vor der Aufforderung zurück,

durch Führung von schwarzen Listen

eine Kontrolle auszuüben, um diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die beim Volksentscheid mit Ja stimmen, aus der Arbeit zu entlassen.

Auf dieses schamlose Vorgehen hat in diesen Tagen auch schon die preussische Regierung hingewiesen und mit allem Nachdruck betont, daß dies ein Verstoß gegen die in der Verfassung gewährleisteten Rechte der Staatsbürger ist.

Die Landarbeiter und Landarbeiterinnen sind in ihrer Mehrheit willens,

beim Volksentscheid mit Ja zu stimmen.

Der terroristischen Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit muß daher mit äußerster Energie entgegengetreten werden.

Die Arbeiterschaft aus der Industrie, dem Handel und dem Handwerk muß die Landarbeiterschaft in diesem Kampfe unterstützen. Die Arbeiter in den Städten und Industriebezirken müssen am 20. Juni entweder frühzeitig ihr Stimmrecht ausüben oder, soweit es noch möglich ist, sich einen Stimmschein besorgen, um dann beschleunigt aufs Land zu gehen

zur Überwachung der Abstimmungslokale.

Sie müssen sich sofort bei den Stellen melden, die die Wahlarbeiten, insbesondere die Überwachung der Wahllokale auf dem Lande vorbereiten. Es kommt besonders darauf an, auf dem Lande genau festzustellen, ob und wo

ein Terror gegen die Abstimmenden

ausgeübt wird, um bei nachfolgenden Prozessen die Tatsachen den Gerichten unterbreiten zu können. Auf diesem Wege wird und muß es gelingen, dem rechtswidrigen Treiben der Machthaber auf dem Lande entgegenzutreten.

Das Kreuz in den Ja-Kreis!

Eine amtliche Aufklärung.

Durch Wolffs Bureau wird folgende amtliche Mitteilung verbreitet:

Leber die Art der Stimmabgabe beim Volksentscheid bestehen zum Teil noch Zweifel. Der Stimmzettel enthält folgende Frage vorgebracht: „Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenerbvermögen Gesetz werden?“ Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, unter dem vorgebrachten Worte „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, unter dem vorgebrachten Worte „Nein“ in den dafür vorgesehenen Kreis ein Kreuz setzt. Es empfiehlt sich, bei der Stimmabgabe sich nur des Kreuzes zu bedienen. Ob andere Abstimmungszeichen, z. B. ein Strich, gültig sind, würde erst im Wahlprüfungsverfahren zu entscheiden sein.

Wir halten das im letzten Satz ausgedrückte Bedenken für hinfällig. Auch bei den Reichstagswahlstimmzetteln waren Kreise vorgesehen, in die ein Kreuz oder Strich gezeichnet, also kenntlich gemacht werden sollte, welcher Partei die Wahlstimme zugebacht war. Sinngemäß übertragen wird also auch diesmal ein Strich im Kreis genügen. Aber um jeden Zweifel auszuschalten, soll überall ein Kreuz in den Ja-Kreis gezeichnet werden!

Aus einem Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern an die Ober- und Regierungspräsidenten, die Abstimmungsleiter und Landräte sowie die Stadt- und Landgemeinden teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Bei der großen politischen Bedeutung, die dem Volksentscheid am 20. Juni zukommt, ist es erwünscht, schon das vorläufige Abstimmungsergebnis auf seine verfassungsmäßigen Auswirkungen beurteilen zu können, d. h. vorbehaltlich der endgültigen Zahlen einen Überblick zu erhalten, ob der Gesetzentwurf die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten gefunden hat oder nicht. Deshalb soll bei der Übermittlung des Abstimmungsergebnisses am Abend des Abstimmungstages von den Abstimmungsvorständen, Gemeindebehörden, unteren Verwaltungsbehörden und Abstimmungsleitern auch die Zahl der Stimmberechtigten gemeldet werden. Hierzu muß ermittelt werden:

Wenn die Unternehmer ihre reichen Geldmittel und ihre ganze wirtschaftliche Macht einsetzen, um dem

Raubzug der Fürsten

auf den Besitz des deutschen Volkes zum Siege zu verhelfen, muß die gesamte organisierte Arbeiterschaft Deutschlands am kommenden Sonntag geschlossen für die

entschädigungslose Enteignung der Fürsten

ihre Stimme abgeben. Wer bei der Abstimmung fehlt, wer nicht mit Ja stimmt, veründigt sich am deutschen Volke, verrät die Interessen der deutschen Arbeiterschaft.

Berlin, den 16. Juni 1926.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Am kommenden Sonntag müssen

20 Millionen Stimmen

für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aufgebracht werden. Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften Berlins erwarten, daß an diesem Tage

jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellter und Beamte zur Abstimmung geht und für die Annahme des Enteignungsgesetzes, also mit „Ja“ stimmt.

Wir fordern ferner alle unsere Mitglieder auf, sich den politischen Organisationen, denen sie angehören oder nahestehen, am Sonntag, den 20. Juni 1926, zu den Abstimmungsarbeiten und zur

Agitation für den Volksentscheid

zur Verfügung zu stellen!

Es ist Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes, mit allen Kräften für den Sieg des Abstimmungsgesetzes tätig zu sein.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Berlin:

Sabatsh.

Allgemeiner freier Angestelltenbund

Ortskartell Berlin:

Flatau.

Reichelt.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Ortsausschuß Berlin:

Körber.

Weidmann.

stimmungsresultat auf seine verfassungsmäßigen Auswirkungen beurteilen zu können, d. h. vorbehaltlich der endgültigen Zahlen einen Überblick zu erhalten, ob der Gesetzentwurf die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten gefunden hat oder nicht. Deshalb soll bei der Übermittlung des Abstimmungsergebnisses am Abend des Abstimmungstages von den Abstimmungsvorständen, Gemeindebehörden, unteren Verwaltungsbehörden und Abstimmungsleitern auch die Zahl der Stimmberechtigten gemeldet werden. Hierzu muß ermittelt werden:

1. die Zahl der in der Stimmliste eingetragenen Stimmberechtigten (abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben) und 2. die Zahl der Stimmberechtigten, die auf Grund von Stimmscheinen abgestimmt haben.

Beide Zahlen werden in jedem Stimmbezirk vom Abstimmungsvorstand ermittelt und in die Abstimmungsprotokolle eingetragen; ferner sind sie bei der Meldung über das Abstimmungsergebnis mit anzugeben.

Zölle und Handelsverträge.

Reichskanzler Dr. Marx und Reichsernährungsminister Dr. Haslinger hatten gestern eine Besprechung mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Zollfragen, die beim Abschluß des deutsch-schwedischen Handelsvertrages zu berücksichtigen sind. Von den Regierungsparteien wird besonderer Wert darauf gelegt, daß eine Differenzierung zwischen Braugerste und Futtergerste eintritt in der Weise, daß die Zollsätze für Futtergerste wesentlich niedriger gehalten werden als die für Braugerste. Die Besprechungen führten noch nicht zu einem endgültigen Abschluß und sollen am Montag fortgesetzt werden, nachdem der deutsch-schwedische Handelsvertrag in der Reichstags-sitzung am Montag die erste Lesung passiert hat.

Zurück in die Hörigkeit?

Volksentscheid und Beamtenchaft.

Von Albert Falkenberg.

Von Demagogen und Reaktionären wird der Kampf um den Volksentscheid benutzt, den Beamten die Republik zu vereiteln und die Monarchie als das erstrebenswerte Ziel aller anständigen Menschen vorzuspiegeln. Wenn es wahr wäre, daß, wie Graf Westarp in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1926 behauptete, „Recht und Freiheit nur unter den deutschen Fürsten gelebt haben“ — ja dann wäre vielleicht diese Tatsache geeignet, den Beamten die Monarchie als das Ziel ihrer Wünsche vorzutauschen. Aber abgesehen von der in dieser Auffassung enthaltenen Täuschung ist ja gerade das der große, scheinbar unausrottbare Irrtum, der bis tief hinein in die unteren Kategorien der Beamtenchaft unklare Vorstellungen über das, was war, die Beamten verwirrt und infolgedessen zielklare politische Erkenntnis vermissen läßt: Die Beamten vergessen, daß nicht der Monarch entscheidet, sondern die Handlanger der Monarchie, d. h. die nicht immer gerade fortschrittlich gesonnenen Verwaltungsbureaucraten den politischen Kurs so steuern, wie er ihren Interessen am besten zu dienen vermag. Und wenn die Beamten nicht ebenso wie Millionen nichtbeamteter Staatsbürger so leicht vergessen hätten, was ihnen in der Kaiserzeit so oft das Leben zur Hölle machte, dann würden sie jetzt mit ganzem Herzen den Volksentscheid bejahen, anstatt sich vor geriffenen Drahtziehern an der Nase herumführen zu lassen. Die Vergeßlichkeit der Beamten ist ein wesentlicher Aktiosten in der Rechnung der Gegner des Volksentscheids.

Die Hineinzerrung des Reichspräsidenten in die politische Kampfarena durch einen der robustesten Reaktionäre, den ehemaligen Staatsminister von Voebell, paßt natürlich auch den Beamten nicht. Aber sie haben doch vielfach keine klare Vorstellung von dem Wesen dieses Mannes, der sich schon zu Anfang des Weltkrieges als der entpuppte, der er in Wahrheit ist. In der Dezember-sitzung 1914 des königlichen Staatsministeriums wählte er die sozialdemokratisch orientierten Kommunalbeamten nur während des Krieges befristet. Nach Beendigung des Krieges sollte nach seiner Meinung die Lösung dieser Frage von der Stellung der Sozialdemokratie, das heißt doch wohl von ihrem Wohlverhalten im Staate, abhängig gemacht werden. Dieser Mann, der jetzt mit einer leichten Handbewegung die Verfassung glaubt abtun zu können und den Reichspräsidenten vor aller Öffentlichkeit in seine Gefolgschaft zwingt — der die Wahlreform noch während des Weltkrieges ablehnte, ist der Typus der traditionellen Gegner eines fortschrittlichen Berufsbeamtentums. Er will zurück in die oft nur scheinbar überwundenen Zustände obrigkeitlicher Hörigkeit. Er haßt die Republik, weil sie seinen Plänen im Wege steht.

Und dennoch: auch dieser Mann wird einmal als vorübergehende Erscheinung abgetan sein. Was bleibt, ist der Geist des von ihm und seinesgleichen gemockten Systems. Und das ist gerade genug, denn dieser Geist ist es, der während der letzten Jahre die Beamtenmassen aus ihrer durch die Verfassung gesicherten Position herauszudrängen versucht hat. Nicht überall mit dem gleichen Erfolge, aber doch mit der begründeten Aussicht auf erfolgreiche Fortführung dieses Kurses, wenn nicht endlich die in Mitleidenschaft gezogenen Massen aus dem politischen Schlaf erwachen und sich zu politischer Tat ermannen — wenn sie nicht durch die Bejahung des Volksentscheids zu erkennen geben, daß sie begriffen haben, wie eng ihre Standesfragen mit dem Schicksal der deutschen Republik verknüpft sind. Oder haben die Beamten auch das vergessen, daß schon im Januar 1922 in Darmstadt ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums in einer Besprechung von Vertretern der Länder über Beamtenfragen mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die jetzt beschrittenen Wege der Personalpolitik gekennzeichnet hat? In dem damals erstatteten Referat heißt es u. a. wörtlich:

„Die Bestrebungen des Reichsoverkehrministeriums verdienen in personalpolitischer Hinsicht die wärmste Unterstützung der Länder. Sie bieten eine Gelegenheit von seltener, vielleicht nie wiederkehrender Gunst, die Personalpolitik einzuleiten, die eine staatspolitische Notwendigkeit ersten Ranges ist, von der das Wohl und Wehe der Staatsverwaltung abhängt.“

Das war das Signal für den rücksichtslosen Personalabbau, der neben anderen Zielen auch noch die „Bereinigung der Verwaltung“ verfolgte. Abbau und soziale Entrechtung haben seitdem die Beamten — und nicht nur in der Reichsoverwaltung — aus der Linie des Berufsbeamtentums herausmanövriert.

Aber dieser Prozeß hat noch nicht sein Ende gefunden. Wenn der Volksentscheid vom 20. Juni 1926 den Massen eine Niederlage bringt, dann ist damit ein neuer Aufmarsch für den Feldzug gegen das Berufsbeamtentum gegeben. Die Reaktion rüstet aufs neue.

Herr von Borstig fordert von den Arbeitgebern für jeden in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter 20 Pf. zur Sabotierung des Volkswirtschafts. Gelingt sein Plan, dann hat er die Bahn frei gemacht für die Verwirklichung des Abbauprogramms der Industrie vom Dezember 1925. In der Denkschrift zu diesem Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist auf Seite 14 u. a. folgende Forderung enthalten:

„Die zukünftigen Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden bedürfen einer durchgreifenden Bereinigung mit dem Ziel, die Gesamtausgaben gegenüber den Gesamteinnahmen von 1924 um mindestens 20 Proz. zu kürzen.“

Die Gewerkschaften haben in ihrem zu Anfang dieses Jahres veröffentlichten Gegenprogramm („Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“) die Forderung der Industrielassen abgelehnt und ausdrücklich „eine ausreichende Besoldung der Beamten“ gefordert. Sie halten die Möglichkeiten, Ersparnisse zu erzielen u. a. „durch Befreiung der Länder von den ungerechtfertigten Abgaben an Fürsten und Fürstentümern“ für gegeben — wie aber, fragen wir, soll diese Möglichkeit Wirklichkeit werden, wenn selbst die Beamten am 20. Juni versagen?!

Mit welchen Mitteln in letzter Stunde versucht wird, die Gehirne zu umnebeln, mag folgender Satz aus einer um billiges Geld vertriebenen Schrift des Zentrumsabgeordneten Senatspräsident Schulte beleuchten. Auf Seite 30 dieser Schrift heißt es wörtlich:

„Nur Kommunisten und Sozialdemokraten treten für die Enteignung der Fürsten ein und verlangen von ihren Wählern, daß sie mit „Ja“ stimmen. Alle anderen politischen Parteien wenden sich in ihren Kundgebungen gegen die Annahme dieses bolschewistischen Gesetzes. In eingehenden Ausführungen hat diese Schrift vom rechtlichen und sittlichen Standpunkt seinen brutalen und revolutionären Charakter, die in ihm liegende rohe Willkür nachgewiesen.“

Soviel Worte, soviel Unwahrhaftigkeiten. Auch die Beamten wird dieses Pamphlet erreichen. Besonders sie sollen dummm gemacht werden, denn nach anderer Sinn könnte hinter allen Verdrehungskünsten lauern als der, die Beamten glauben zu machen, daß allein die monarchische Staatsform das Berufsbeamtentum garantiere. Laßt sie reden und schreiben. Euer Berufsbeamtentum sichert allein die republikanische Verfassung. Sie ist auch Fundament für den Volkswirtschaft. Zeigt durch die Tat, daß ihr Diener der Gesamtheit seid und stimmt am Großkampftage der deutschen Republik für das Gesetz des Volksbegehrens!

## Ein Wort an Feiglinge.

Gewaltherrschaft nur für Voebelliten erlaubt?

Seit Wochen veröffentlichen wir immer neue Dokumente, die schamlosen Terrorismus durch Landbünde, Unternehmervereine und Voebell-Ausschüsse für den Tag des Volkswirtschafts ankündigen. Hier ein neues Beispiel. In den gedruckt vorliegenden „Richtlinien des Landesbürgerrats Sachsen“ wird über das „Verhalten am Abstimmungstage selbst“ unter anderen Parolen auch diese ausgegeben:

„In den Wahllokale müssen sich Vertrauensleute unserer Bürgerbünde aufhalten, die darauf zu achten haben, daß unsere Wahlparole reiflos durchgeführt wird. . . Wir wollen uns vorsetzen, wer trotz unserer Wahlparole an der Abstimmung teilnimmt.“

Das ist wie ähnliche Anweisungen der Landbünde usw. nichts anderes, als Feiglinge aus dem Bürgertum einzuschüchtern, ihnen ihr verfassungsmäßiges Stimmrecht schon vorher zu verkleiden und sie mit gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Boykott zu bedrohen.

Anknüpfend an ähnliche Aufforderungen zur Verhinderung der Stimmfreiheit haben wir vor einigen Tagen diese Sätze geschrieben:

„Jeder, der der Abstimmung fernbleibt, wird in den Augen der organisierten Arbeiter als ein Verräter an ihrer und der Sache der Republik erscheinen. Die Abstimmung ist geheim. Aber jeder, der fernbleibt, befundet damit sein Einverständnis mit den Monarchisten. Er zeigt sich dadurch als ein Feind der Republik und der Arbeiterbewegung. Auch unsere Genossen werden Wästen führen. Wägen sich diejenigen, die aus Feigheit fernbleiben, bei den Organisationen des monarchistischen Terrors bedanken, wenn ihnen später der Zorn der arbeitenden Masse auch geschäftlich und im Arbeitsverhältnis fühlbar werden sollte!“

Diese Abwehrbemerkung ruft sogar den „Lokal-Anzeiger“ Hugenbergs auf den Plan. Er schreibt nach dem Staatsanwalt, damit er die Meinungsfreiheit der sozialdemokratischen Presse unterdrückt! Nun pflegt aber selbst in der Republik der Staatsanwalt nicht gleich zu springen, wenn Hugenberg pfeift, aber es ist doch zweckmäßig, diesen Versuch der Meinungsunterdrückung der öffentlichen Berichterstattung preiszugeben!

Aber Hugenberg verbeißt sich. Er läßt auseinandersehen, daß sich nach § 107 StrGB. strafbar mache, wer „einen Deutschen durch Gewalt oder Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen“. Da dies — immer nach Hugenberg — zu besagen hat, daß „die Verhinderung eines Deutschen daran, nach Belieben zu stimmen“, strafbar ist, so läge es nahe, daß Hugenberg den Land- und Bürgerbünden ins Gewissen redete, ihre Parole auf Stimmhaltung und die Ueberwachung der Wahllokale zum Zwecke der Einschüchterung aufzugeben. Aber weit gefehlt. Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“ will den Terror, aber nur für „nationale“ Parteien. Deshalb zeteret er gegen unsere Mitteilung, daß auch Sozialdemokraten Listen führen und die Feiglinge sich merken werden, die auf Voebells Befehl dem Wahlraum fernbleiben!

Schlieflich gibt der „Lokal-Anzeiger“ folgende neue Parole aus:

„Keine Drohung, kein noch so geringer Wunsch nach Rache kann ihr Ziel erreichen. Denn die Abstimmung ist bekanntlich geheim. Was der einzelne in der Wahlzelle macht, läßt sich nicht kontrollieren. Daher, du Handwerker, du Kaufmann, du Arbeiter. . . Du kannst den roten Brüdern ihr Rezept durchkreuzen, ohne daß dir irgend jemand deshalb an den Wagen fahren kann, ohne daß dir irgendeine der Folgen drohte. . . Du brauchst nur in der verschwiegenen Wahlzelle entweder den Stimmzettel nicht in den Umschlag zu tun und kannst diesen leer abgeben. Oder aber du durchkreuzt den ganzen Stimmzettel von oben bis unten. In beiden Fällen ist deine Abstimmung ungültig, und es ist genau so gut, als wenn du gar nicht zur Wahl gegangen wärest.“

Ausnahmsweise sind wir mit dem Hugenberg-Blatte einverstanden. Die Abstimmung ist geheim, kein Kaufmann, kein Handwerker, kein Arbeiter — auch nicht auf dem Lande — braucht befürchten, daß seine Abstimmung „in der verschwiegenen Wahlzelle“ überwacht wird. Er soll also zur Abstimmung gehen, und wenn er nicht für das Gesetz stimmen will, soll er mit Nein stimmen oder ungültige Zettel abgeben.

Wir freuen uns, daß wir mit Hugenberg darin übereinstimmen, daß jeder zur Abstimmung gehen muß. Aber die Feiglinge, die der Abstimmung fernbleiben aus Rücksichten auf deutschnationale Terrorandrohungen, die werden wir uns merken! Trotz Hugenbergs!

In der Technischen Hochschule Hannover ist der normale Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen worden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

## Wilhelms Tafelsilber.

Er hat seine Abfindung in Doorn.

Aus unserer gestrigen Aufstellung „Wilhelms Sparsackbuch“ ergab sich, daß der Herr von Doorn über ein Sparguthaben von rund 40 Millionen verfügt. Daneben besitzt der jahrelang flüchtige Oberste Kriegsherr aber auch noch ein Vermögen an Silbergerät. Einer Liste, die uns aus Holland über diese Silbergegenstände zugegangen ist, entnehmen wir, daß Wilhelm schon zu der Zeit, als er von Amerongen nach Doorn übersiedelte, u. a. folgendes besaß:

896 Messer
1214 Gabeln
496 Löffel
310 Teelöffel
582 Dessertmesser
594 Dölmesser
892 Dessertgabeln
682 Dessertlöffel
70 Dölmesser, Städtefilber
70 Dessertgabeln, Städtefilber
70 Dessertlöffel, Städtefilber
10 Kaisergabeln
200 Kuchengabeln
300 Fischmesser
20 Paar Fischoorleger
2 Paar Krebsoorleger
20 Spargelzangen
6 Spargelheber
22 Salatbestecke
25 Kuchenheber
26 Kompottlöffel
21 Buttermesser
20 Käsemesser
20 Krümmelmesser
1 Kuchenmesser
2 Speiseheber
288 Kaffeelöffel

Außerdem sind in dem äußerst umfangreichen Verzeichnis noch 100 silberne Suppenterrinen mit Löffel, 1000 silberne Teller, 20 Fleischschüsseln, 20 Beaten-, 20 Gemüse- und 20 Käseschüsseln aufgezählt. Dazu kommen 360 Teller, die vergoldet sind, und eine ganze Reihe anderer wertvoller Gegenstände, deren Gesamtwert nach vorläufigen Schätzungen kaum unter 3 Millionen Goldmark betragen dürfte. Von diesen Gegenständen wird im Falle einer entschädigungslosen Enteignung der Staat ebensowenig zurückerhalten wie von dem Privatvermögen in Höhe von 40 Millionen Mark. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei allen anderen „angestammten Herrscherhäusern“. Sie haben trotz ihres Aufenthalts in Deutschland Millionen und aber Millionen an Werten längst in das Ausland übergeführt.

Ist das nicht Abfindung genug?

## Falsche Stimmlisten.

Viel zu viel Wahlberechtigte.

Aus Neumünster wird uns geschrieben:

Die Stadt Neumünster in Holstein hat rund 40 000 Einwohner. Für das Volksbegehren wurde die Zahl der Wahlberechtigten beim 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zugrunde gelegt, danach waren 20 171 Stimmberechtigte vorhanden.

Obwohl keine wesentliche Veränderung in der Bevölkerungsstärke zu verzeichnen ist, stellt sich jetzt bei der Neuaufstellung der Stimmlisten heraus, daß 4000 Personen zuviel in den Wahllisten gefunden haben. Diese 4000 nicht existierenden Wähler setzten sich aus Verstorbenen, Fortgezogenen, doppelte Karten im Wahlamt zusammen.

In dieser Mittelstadt standen also 13 Prozent mehr Stimmberechtigte in den Listen, wie in Wirklichkeit vorhanden sind.

Der deutschösterreichische Unterrichtsminister Schneider ist, während er in Wien zur Oesterreichischen Woche war, von seiner Partei, der Christlichsozialen, außerparlamentarisch gefürzt worden, weil er die Hege gegen die vorbildliche Wiener Schulreform unseres Genossen Glöckel nicht genügend gefördert hat.

## Eine literarische Demaskierung.

Von Jodoc.

Wir wissen, es geht manchmal schnell mit dem Menschen, mit dem physischen Menschen nämlich. Heute ist er rot, morgen tot. Ein ganz klein wenig vermochte über diese unabänderliche Tatsache hinaus der Einwand zu trösten, daß die Eitelkeit der Erscheinungsform sich nur auf das Leibliche erstreckt, und daß Name und Wert eines Menschen über seinen Todestag hinaus weiterwirken. Aber da stellt sich nun heraus, daß es nicht so weit her ist mit der Borrechtsstellung der Leistung, daß es heißt, skeptisch zu sein, daß kein Verstoß auf sie ist, und daß sie noch schneller als der Leib in Stücke zu brechen vermag.

Da ist zum Beispiel der Dichter Walter v. Molo. Molo hat eine Trilogie geschrieben, die den Titel trägt „Ein Volk wacht auf“, und er hat „Fridericus Rex“ und die Königin Luise zu tragenden Romangestalten gemacht. Damit hatte er doch gewiß etwas sagen wollen. Damit schien es doch etwas auf sich zu haben. Damit hatte er doch wohl allen, die auf der Suche nach dem nationalen Dichteros sind, einen recht deutlichen Wink gegeben. Damit war doch wohl der Beweis erbracht, daß er zu den ganz Großen, zu den ganz Gewaltigen der Feder gehöre, daß er würdig sei, in das nationale Gegenstück zur Dichteraademie aufgenommen zu werden, in das schriftstellernde Aufruf-Geziet der Kronprinzenadjutanten.

Ueber Nacht ist Walter v. Molo nun verfloren, über Nacht hat der Tod seine Dichterehre vernichtet. Es hat sich ergeben, daß Molo ein Bluffer war. Die nationalen Zeitungen können es nicht länger verantworten, ihn ihren Lesern zu empfehlen, und eine davon, die „Deutsche Zeitung“, sagt es rund heraus, daß dieser Molo wohl überhaupt zu den Schmutz- und Schundschritstellern gehöre, daß nur der vornehme Ton, der bei ihr herrscht, es verbiete, seine Geistesprodukte als „Mist“ zu bezeichnen, daß das ja ein „schöner Stil“ sei, den er schreibe, und daß es besser für ihn wäre, seine Werke nur noch im Ausland abzusetzen, schon deshalb, weil man dort die deutsche Sprache nicht ganz kenne.

Das heißt man „ordentlich gegeben“. Schön gesteckt haben sie's ihm, kein Blatt vor den Mund genommen haben sie sich im nationalen Lager. Aber man muß auch sagen, daß das ja schließlich eine Vorpiegelung falscher Tatsachen bedeutet, ein Aufs-Blatts-Führen, ein Zum-Karren-Machen, über Fridericus und Luise zu schreiben und hernach die Konsequenzen abzulehnen und aus der Front der Fürstendiener auszubrechen. Oder glaubt dieser Herr v. Molo am Ende gar, ein nationaler Mann habe über der Erfüllung seiner nationalen Pflichten, über dem Stillstehen monarchistischer Aufrufe, der Verkünder der Ezerzierreglements öffentlicher Verbände, der Ausschmückung seines Heims mit Kaffeewärmern, die an die stolze Vergangenheit gemahnen, auch noch Zeit, mehr als die Lieberschriften der Molo'schen Romane zu lesen?

Walter v. Molo ist gerichtet. Die Verweigerung seiner Unterschrift hat ihn, der das Zeug zum Dichtersfürsten hatte, nun südenlos als kleinen Sudler entlarvt. Seine literarische Demaskierung ist erfolgt. Es ist nicht zu schroff geurteilt, wenn man ihn geradezu auf eine Stufe stellt mit Leuten wie Hauptmann, Mann und Holz — wo er hätte gehören können zu den Presber, Höcker, Sudermann und Warnde, der Narr!

## Deutsch für Soldaten und Pferde.

Fridericus Rex schrieb in den letzten Jahren seines Lebens dem Freunde d'Allemont, dem französischen Ratsherrn und Enzyklopädisten:

„Die Deutschen sind ein Volk, das bisher nichts verstand als essen, trinken und sich schlagen und dem ich vielleicht vergeblich mich bemühe, einige Begriffe von Geschmack und attischem Salz beizubringen. . .“ Das schrieb der noch heute als groß proklamierter Hohenzoller zu einer Zeit, die Lessings glänzendes Werk bereits vollendet sah, in der Goethe seinen gewaltigen Adlerflug zu den höchsten Höhen menschlichen Genies bereits entfaltet hatte, in der Schiller zu wirken begann, in der überhaupt die Fundamente jener deutschen Geistesperiode gemauert wurden, die wir heute als unsere klassische bezeichnen. . .

Die Verachtung dieses Hohenzollern für alles Deutsche ging so weit, daß sein Günstling Voltaire aus Potsdam an den Marquis von Lhéboutville berichten konnte: „Ich besinde mich hier in Frankreich. Man spricht nur unsere Sprache. Das Deutsche ist nur für die Soldaten und Pferde. . .“

Ein Zeitgenosse preßte das fridericianische Geistesystem in die Worte zusammen:

„. . . Sagen Sie mir von Ihrer Verlässlichen Freiheit zu denken und zu reden ja nichts. . . Lassen Sie Ginen in Berlin aufstehen, . . . der für die Rechte der Unterthanen, der gegen Auslaugung und Despotismus, seine Sitze erheben wollte, wie es ist sogar in Frankreich und Dänemark geschieht. . . Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das slavischste Land von Europa ist. . .“

Lessing hieß der Schreiber. Deutsch war seine Sprache. Nach Fridericus hat er mit Goethe, Schiller und den anderen nur essen und trinken gekannt. Die lebenden Hohenzollern und Ständegenossen wollen heute dafür entschädigt werden. Von demselben Volke, das nach einem ihrer Bedeutendsten von „Geschmack und attischem Salz“ keine Spur besitzt. Der Mann hätte recht, wenn seine Meinung am 20. Juni nicht versalzen würde!

Erziehungskurse für Eltern. Die Elternvereinigungen in Washington, Chicago und anderen amerikanischen Städten haben seit einiger Zeit besondere Erziehungskurse für Eltern eingerichtet. Auf dem unlangst stattgefundenen Kongreß dieser Elternvereinigungen wurde festgestellt, daß diese Kurse, die die Eltern an die moderne Erziehungsmethode, wie Gemeinschaftserziehung und sportliche Erziehung, gewöhnen sollen, sich außerordentlich gut bewährt haben. Der Kongreß nahm eine Resolution an, worin gefordert wird, daß die staatlichen Unterrichtsbehörden dieser Bewegung größeres Interesse entgegenbringen sollen.

Sommerregen — Regenommer? Die Sommermonnenwende und die Zeit der großen Ferien nähert sich; aber von eigentlichem Sommerwetter hat man bisher nur in vereinzelten Landesteilen etwas zu sehen bekommen. Abgesehen vom äußersten Osten und Nordosten Deutschlands, der in diesem Jahre gleich den angrenzenden Gebieten von der Witterung besonders begünstigt erscheint, ist das Wetter in diesem Frühjahr und Vorommer überall ungemein veränderlich. Eigentliche Sommerstage haben in weiten Gebieten bisher noch ganz gefehlt, und von Dauer sind nur die Regengüsse, die sich während der letzten Tage auch in denjenigen Gegenden stark vermehrt haben, wo sie bisher das normale Maß nicht überschritten hatten. Trotzdem ist auch in diesen zeitweilig begünstigt gebliebenen Gebieten die Witterung nur wenig sommerlich gewesen, und das zweite Junidrittel hat, wie so oft, in fast allen Teilen Mitteleuropas anhaltende und ergiebige Landregen gebracht, nachdem zu Beginn der Woche im südlichen Mitteleuropa, am schlimmsten in der Westschweiz, außerordentlich schwere Gewitter mit Wirbelstürmen gewütet hatten. Als Beispiel für die ungemein starke Zunahme der Niederschläge in den letzten Wochen mag erwähnt werden, daß in Berlin während der soeben verstrichenen Junihälfte bereits über 100 Millimeter Regenhöhe registriert worden sind, während der ganze Monat normalerweise nur 63 Millimeter Regen hat. Dabei ist auf Grund der augenblicklichen Wetterlage ein baldiges Ende der sommerlichen Regenzeit, die sich im Juni bei uns gewöhnlich am stärksten auszuwirken pflegt, noch nicht abzusehen, und die Befürchtung, daß sich aus diesem ergiebigen Sommerregen überhaupt ein ausgeprägter Regenommer entwickelt, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Symptome sind zweifellos vorhanden, und es ist schon zu Beginn des Frühjahres mit seiner ungewöhnlich zeitigen Wärme darauf hingewiesen worden, daß auf besonders warme Frühlingstage in der Mehrzahl der Fälle ein kühler und verregener Sommer folgt.

Abd el Krims Verbannungsort. Nach den letzten Meldungen soll die Absicht bestehen, Abd el Krim auf Madagaskar zu internieren; Spanien ist für eine weniger glimpfliche Behandlung. Anders Kreise in Frankreich meinen es besser mit dem besiegten Feind. Der Bürgermeister von Solles-de-Béarn hat im Namen seiner Stadtoverwaltung dem französischen Kriegsminister den Vorschlag gemacht, das der Gemeinde gehörende gleichnamige Schloß dem gefangenen Rabführer zum künftigen Aufenthalt anzuweisen. Das herrliche Bauwerk, das aus dem 18. Jahrhundert stammt, liegt vor den Toren der Stadt und inmitten eines wildgemachten Parks. Dieser erstreckt sich über zehn Hektar Landes hin. Nach der Ansicht des Bürgermeisters sind die klimatischen Bedingungen, auf die man bei der Internierung Abd el Krims besondere Rücksicht zu nehmen hat, außerordentlich günstig; außerdem würde die Ueberwachung des gefürchteten Rebellen keine besonderen Umstände erfordern. Der Minister hat sich noch nicht entschieden, das Angebot anzunehmen. Von anderer Seite wird noch erwogen, Abd el Krim in dem Schloß von Pau zu internieren, das schon Abd el Kader als Aufenthaltsort gebietet hat.

Eine Ausstellung des alten russischen Kollens. In dem als Museum eingerichteten ehemaligen Kaiserlichen Lustschloß Parkoje Selo wird jetzt in einer Kollensausstellung das Leben an dem früheren Jarenholz geehrt. Ausgestellt sind mehr als 3000 Kollensstücke, Kunstgegenstände, Holzstrahlen usw. die aus den ehemals kaiserlichen Schloßern und den Palästen der großen Ragnatenfamilien stammen.

## Erkelenz zum Volksentscheid.

Trotz Bedenken — für Ja!

In dem demokratischen Münchener Organ „M. Z. am Morgen“ äußert sich der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Erkelenz, über das, was nach dem 20. Juni zu geschehen hat. Er führt aus:

Wenn der Volksentscheid angenommen wird, kann man im Reichstag bestimmen, daß den Fürsten eine gewisse Entschädigung in Form eines Geldes zuteil wird; eine Entschädigung, die hoch genug ist, um sie vor der Verarmung zu schützen, die aber niedrig genug ist, um den Mißbrauch der Fürstentümer zur Ausschöpfung der Republik zu vermeiden. Für ein solches Gesetz gäbe es im Reichstag nach Annahme des Volksentscheids jederzeit eine sichere Mehrheit. Sowohl die Rechten als die Linken würden dann größtenteils für eine solche Lösung zu haben sein.

Was geschieht im umgekehrten Fall, wenn der Volksentscheid zu einem Mißerfolge führt? Im Reichstag sind die Kräfte, die die ganze Sache auf die lange Bank schieben wollen, sehr stark. Die Deutsche Volkspartei strebt von Anfang an dahin, die Entscheidung hinauszuschieben und womöglich später von einer Rechtsregierung das Gesetz erst verabschieden zu lassen. In Anbetracht der vorgeschrittenen Sommerzeit gibt es auch im Zentrum Strömungen, die nicht mehr daran glauben, daß vor den Sommerferien des Reichstags noch eine gesetzliche Regelung möglich wäre. Endet also der Volksentscheid mit einem Mißerfolge, so muß man damit rechnen, daß es den Demokraten nicht mehr gelingt, die Verabschiedung des Gesetzes vor den Sommerferien herbeizuführen. Das heißt praktisch: Erst im November beginnen neue Beratungen. Für diese Winterzeit muß man ohnehin mit Verlagerungen des politischen Schwergewichts rechnen. Das Endergebnis wäre eine Regelung der ganzen Frage der Fürstenabfindung, die durchaus im Sinne der Fürstenansprüche liegt.

So kommt Erkelenz zu dem Schluß:

So sehr ich also die völlig entschädigungslose Enteignung der Fürsten ablehne, so sehr komme ich andererseits angesichts der verfahren parlamentarischen Lage zu der Überzeugung, daß eine erträgliche Regelung nur nach Annahme des Volksentscheids möglich ist.

Erkelenz ist der Vertreter der Arbeitnehmer in der Demokratischen Partei. Die Bankdirektoren werden es wohl vorwiegend mit Schacht halten, die Arbeiter, Angestellten und Beamten aber mit Erkelenz.

## Wilhelm und seine Tante.

Wer katholisch wird, wird geächtet.

Es ist Zeit, wieder einmal an den Brief zu erinnern, den Wilhelm II. an seine Tante, die Prinzessin Anna, verheiratet mit dem Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen, schrieb, als sie, 65 Jahre alt, zur katholischen Kirche übertrat. Damals wertete der Oberste Bischof der preussischen Protestanten folgendermaßen los:

Homburg, 7. August 1901.

Eure Königlich Hoheit!

Mit tiefstem Bedauern habe ich aus Ew. R. H. Schreiben gesehen, daß Ew. R. H. der Konfession des Hauses, dem Sie entstammen, wie des Hauses, dessen Namen Sie tragen, den Rücken zu kehren gewillt sind. Vielleicht ist dieser Abfall und Verrat schon vollzogen, obwohl der Hofes das in einer Weise in der Öffentlichkeit bestreitet, welche den traurigen und üblen Eindruck dieses betragenerischen Schrittes nur noch zu erhöhen geeignet ist.

Also ich wüßte Ew. R. H. den Glauben ab, den alle Ihre Ahnen väterlicher- und mütterlicherseits, das Haus Hohenzollern wie das Haus Weimar, stets treu bekannt haben; den Glauben, auf dessen Heilig- und Hochachtung die Größe unseres Hauses beruht, das mit ihm und durch ihn allein zum Kaiserthron emporgestiegen ist; den Glauben, in dem unser gemeinsamer Ahn, der Große Kurfürst, die Leuchte seines Weges fand. Und dieser selbe evangelische Glaube, zu dem unser Haus stets festest gehalten hat, ist von der Häuferei Weimar und Hessen stets seit Beginn der Reformation mit besonderer Hingebung bekannt und verteidigt worden. Ew. R. H. verrät den Glauben, dem nicht nur Deine Vorfahren, sondern auch Ew. R. H. Kinder angehören, den Glauben, zu dessen ruhmvollsten Bekennern Philipp der Großmütige zählt.

Wenn Ew. R. H. behauptet, daß Ew. R. H. in der römischen Kirche mehr Trost empfinden als in der unsrigen, so beweist das nur, daß Ew. R. H. den wahren Trost weder im Evangelium noch in der evangelischen Kirche wirklich gesucht haben. Ew. R. H. hat eben die erhobenen Lehren des Evangeliums noch gar nicht verstanden, wenn Sie inslande sind, sie im Stich zu lassen. Somit vermag ich nicht mehr Ew. R. H. als ein Glied unseres Hauses zu betrachten, mit dessen heiligsten Traditionen Sie in so empörender Weise gebrochen haben. Es bleibt daher bei meinem telegraphischen Bescheid, daß Ew. R. H. Beharren in dem Vorhaben den völligen Abbruch jeden Verkehrs mit allen Gliedern Meines Hauses zur Folge hat und dieses dem Chef Ew. R. H. hessischen Linie notifiziert worden ist zur weiteren Veranlassung. Das Haus Hohenzollern stößt Ew. R. H. aus und hat Ihre Existenz vergessen. (gez.) Wilhelm I. R.

Die Prinzessin, die 1918 hochbetagt gestorben ist, war damals bereits 65 Jahre alt. Wilhelm zählte 1901 erst 42 Jahre! Der Haß, den dieser Monarch gegen die Katholiken empfand, konnte nicht grimmiger zum Ausdruck gebracht werden als in diesem Schreiben an eine betagte Tante. Heute wundern sich die Katholiken Deutschlands mit Recht darüber, daß ihre Bischöfe gegen den Volksentscheid und damit für Wilhelm agitieren, und daß die Zentrums- und Arbeiterpresse auf Befehl schweigen muß. Diese laute und stille Agitation wird aber Millionen deutscher Katholiken nicht hindern, am 20. Juni mit Ja zu stimmen.

## So war es nicht gemeint!

Zentrumsarbeiter für Stimmbeteiligung.

Im Organ der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, wird über die Parole des Zentrums zum Volksentscheid und deren Auslegung geschrieben:

„Stimmhaltung? Nein, so war das nicht gemeint — wenn jetzt auch einige Zentrumsblätter und Zentrumsabgeordnete so tun. Der Reichsparteivorstand hat die Parole ausgegeben, nicht für den Volksentscheid zu stimmen; mit Absicht hat er aber alle anderen Möglichkeiten offen gelassen. Das ist nämlich nicht so belanglos, wie es manchem scheinen mag. Denn wenn es allgemein hieß: entweder für den Volksentscheid stimmen, oder der Abstimmung fern bleiben, dann wäre praktisch ja jeder gekennzeichnet, der das Ab-

# Die Sparer für Fürstenenteignung!

Eine Antwort an den Grafen Westarp.

Der „Sparerbund, Hypothekengläubiger- und Sparererschutzbund für das Deutsche Reich“, hat an den Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, folgenden offenen Brief gerichtet:

Herr Graf!

In einem Briefe an den Sparerbund haben Sie den Inflationssopfern einzureden versucht, daß ein Zusammenhang zwischen der entschädigungslosen sogenannten Enteignung des fürstlichen Privatvermögens und der Aufwertungsfrage nicht bestehe. Sie sind offenbar ohne jede Kenntnis der in den Sparerkreisen darüber herrschenden Auffassung. Für die betrogenen Sparer besteht dieser Zusammenhang unumstößlich.

Millionen Frontkämpfer

sind mitsamt ihren Angehörigen durch die Aufwertungsgeetze enteignet

worden und zwar größtenteils ohne jede Entschädigung. Die Schuld daran tragen die Parteien des Aufwertungskompromisses. Dieselben Parteien, zu denen auch die Deutschnationale Volkspartei gehört, stellen sich jetzt mit einem Riesenaufwand moralischer Entrüstung und verfassungswidrigen Terrors vor das Eigentum der Fürsten. Auf das Eigentum des Volkes die gleichen christlichen und sittlichen Grundsätze anzuwenden, wie auf das der Fürsten, haben sie erst in den letzten Wochen abgelehnt.

Daher erklären wir die Berufung dieser Parteien auf die Grundsätze der Religion, Moral und Staatswohlfaht anlässlich des Volksentscheids über die Fürstenabfindung für eine Heuchelei.

Ihre Partei und alle aufwertungsfeindlichen Parteien kämpfen für das Eigentum der Fürsten nicht aus innerer Ueberzeugung. Dies würde das gleiche Verhalten gegenüber dem Eigentum der Sparer bedingen, da innere, in Religion und Moral wurzelnde, Ueberzeugung keine zweifelhafte Handlungsweise zuläßt.

Sie gaben, Herr Graf, dem Volke der Sparer unter Angabe genauer Zahlen Kenntnis von den Verlusten des Hohenzollernhauses an Kriegaanleihen und Kapitalvermögen und wollen dadurch den Eindruck erwecken, daß die Fürsten mit den Sparern das gleiche Schicksal teilen. Ueber das fürstliche Eigentum an Grund- und Sachbesitz glichen Sie mit weniger bestimmten Worten hinweg. Wir wollen Ihnen aber mit Hilfe von Kundgebungen, die wir den aus Ihren Kreisen stammenden Flugblättern entnehmen, zu Hilfe kommen. Ihre und Ihrer Partei Meinung ist: die Fürsten sollen ruhig an ihrem Kapitalvermögen die gleichen Verluste erleiden wie die Sparer; ihren Grund- und Sachbesitz aber sollen sie behalten, wie sovieler andere diesen auch behalten haben. Hier liegt der Kern des Problems.

Die Besitzer von Ersparnissen, das ist die große Masse des arbeitenden Volkes, wird rücksichtslos preisgegeben; ihr Besitz muß herhalten, die Lasten des Krieges zu tragen.

Die Grund- und Sachbesitzer aber bleiben in ihrem Eigentum. So werden die Fürsten in die Reihen der betrügerischen Schuldner gestellt, und es entsteht die Frage, ob auch auf fürstlichen Grundbesitz ruhende Hypotheken oder andere Verpflichtungen in wertloser Papiermark abgelöst worden sind, wie fast von dem ganzen übrigen Grundbesitz? Enträsten Sie diesen Arg-

stimmungslos betreten würde, die Abstimmung hätte aufgehört, gehen zu sein und den Rechtsparteien und ihren Kampfbündnissen wäre in welchem Maße die Möglichkeit eines terroristischen Drucks gegeben. Das muß unter allen Umständen verhindert werden! Um den Terror zu ermöglichen, haben die Rechtsparteien die Stimmhaltung als Parole ausgegeben. Der Reichsparteivorstand des Zentrums aber hat das mit Absicht nicht getan: er hat nur die Erwartung ausgesprochen, daß die Zentrumsanhänger nicht für den Volksentscheid stimmen. Das Reichsbanner hat einen Aufruf erlassen, das alle Republikaner — ohne ihnen wegen der Art ihrer Abstimmung irgendeine Weisung zu geben — auffordert, zur Wahl zu gehen, um so wenigstens das verfassungsmäßige Recht des Volksentscheids zu gewährleisten. Und in der Tat: auch vom Standpunkte des Volksentscheids ist es immer noch besser, mit „Nein“ zu stimmen oder einen ungültigen Stimmzettel abzugeben, als der Wahl fernzubleiben. Die Zentrumsblätter, die empfehlen, der Abstimmung fernzubleiben, handeln also falsch. In einem demokratischen Staat gibt's kein Fernbleiben! Erst recht nicht für einen Demokraten! Wir empfehlen unseren Freunden, also auf jeden Fall an der Abstimmung teilzunehmen.“

## Geflers „Nebenbetrieb“.

Schadenersatzklage wegen der „Schwarzen“ Reichswehr.

Vor einigen Monaten berichteten wir über den Fall des Arbeiters Meyer in Frankfurt a. d. O., der sich am 4. Juni 1923 in Küstrin zur Ausnahme in die Reichswehr meldete, jedoch nach dem Zeughaus in der Altstadt geschickt wurde, wo er von einem Oberleutnant Knüppel auch eingestellt wurde. Schon wenige Tage nach seinem Eintritt mußte er, eingekleidet in eine Uniform mit Achselklappen und Regimentsnummer, Wachtlisten leisten, ohne eigentlich militärisch ausgebildet zu sein. Meyer war überzeugt, der Reichswehr anzugehören. Kurze Zeit darauf schoß er sich ohne sein Verschulden eine Kugel in das Bein, wodurch er 33 Prozent Erwerbsfähigkeit verlor. Als er bei der Reichswehr Anspruch auf Schadenersatz erhob, erhielt er den Bescheid, daß er dem Militärversorgungsgesetz nicht unterstehe, sondern sich an die Reichsversicherungsordnung zu halten habe. Er sei nicht Soldat, sondern nur Arbeiter gewesen.

Der erstaunte Leser fragt sich „Arbeiter“? Ja, in was für einem Betriebe denn Arbeiter, und was war denn das für eine „Arbeit“, bei der man Achselklappen tragen durfte und mit dem Karabiner Wachdienst leisten mußte? Der Schriftfah des Rechtsanwalts Dr. Jenke, des Vertreters des Reichswehrministeriums, gibt darüber interessante Aufschlüsse. Es wäre eine Sünde, seinen Standpunkt der Öffentlichkeit vorzuhalten. Aus dem Schriftsatz geht hervor, daß Meyer sich in einem privaten rechtlichen Rechtsverhältnis zum Reichswehrministerium befunden habe und daß der Betrieb, in dem Meyer beschäftigt war, ein Betrieb der Heeresverwaltung gewesen sei. Unter dem Begriff eines solchen Betriebes seien „nach höchstgerichtlicher Rechtsprechung alle Betriebe der Heeresverwaltung, die neben dem eigentlichen Truppendienst stehen. Daß der Betrieb des Arbeitskommandos Küstrin einen solchen Nebenbetrieb darstellt, kann nicht zweifelhaft sein.“

Was meint Herr Jenke dazu? Er hat ja stets jede Verbindung zwischen der Schwarzen Reichswehr und der eigentlichen

Reichswehr bestritten. Nun behauptet aber sein Anwalt, daß die Schwarze Reichswehr nicht mehr und nicht weniger als ein Nebenbetrieb der eigentlichen Reichswehr gewesen sei! Gestern fand übrigens beim Landgericht I der Termin in Sachen Meyer gegen das Reichswehrministerium statt. Es konnte jedoch nicht verhandelt werden, da das Landgericht dem mittellosen Kläger wegen „Ausichtslosigkeit der Rechtsverfolgung“ das Armenrecht verweigert hatte, dieser aber den erforderlichen Vorschuß nicht hinterlegen konnte. Rechtsanwalt Dr. Löwenthal versprach jedoch, die Klage durch eine weitere Erklärung zu ergänzen, aus der die Pflicht des Reichswehrministeriums, den Kläger zu entschädigen, zu ergeben sein wird. Das Landgericht will daraufhin noch einmal über die Ansprüche des Klägers auf Armenrecht schlüssig werden.

Sie haben sich einst, Herr Graf, mit Ihrem Namen und zugleich für die Deutschnationale Partei, dafür eingesetzt, daß niemals eine deutsche Regierung und ein Deutscher Reichstag es wagen würde, an die Höhe der Zinsleistungen für die Kriegsanleihen zu rühren und so das unendliche Vertrauen, den hinreichenden Opferwillen des Volkes zu schänden. Ihre Partei, für deren Verhalten Sie in erster Linie mitverantwortlich sind, hat den Sparern, später, als es galt, wieder zu politischer Macht zu kommen, neue Versprechungen gemacht, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie und Ihre Parteigenossen haben Ihr Wort nicht gehalten, darum hat Ihr Name und Ihr Wort bei den Sparern keine Geltung mehr.

Noch immer wandern viele von uns ins Irrenhaus und in den Tod. Den anderen aber, die wissen, daß sie zuerst enteignet worden sind, ballt sich die Faust ob der heuchlerischen Verhöhnung, die mit solchen Worten der Vergewaltigung hinzugefügt wird.

Sie haben sich einst, Herr Graf, mit Ihrem Namen und zugleich für die Deutschnationale Partei, dafür eingesetzt, daß niemals eine deutsche Regierung und ein Deutscher Reichstag es wagen würde, an die Höhe der Zinsleistungen für die Kriegsanleihen zu rühren und so das unendliche Vertrauen, den hinreichenden Opferwillen des Volkes zu schänden. Ihre Partei, für deren Verhalten Sie in erster Linie mitverantwortlich sind, hat den Sparern, später, als es galt, wieder zu politischer Macht zu kommen, neue Versprechungen gemacht, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie und Ihre Parteigenossen haben Ihr Wort nicht gehalten, darum hat Ihr Name und Ihr Wort bei den Sparern keine Geltung mehr.

Wie sehen in Ihnen nur noch den Wolf, der im Schafspelz zu uns redet. Daß die Sparer aber keine Lämmer sind, die sich von Ihnen und Ihren gleichgesinnten Parteiführern weiterhin das Wasser trüben lassen, werden Sie am 20. Juni und in Zukunft hinreichend erfahren.

Wie sehen in Ihnen nur noch den Wolf, der im Schafspelz zu uns redet. Daß die Sparer aber keine Lämmer sind, die sich von Ihnen und Ihren gleichgesinnten Parteiführern weiterhin das Wasser trüben lassen, werden Sie am 20. Juni und in Zukunft hinreichend erfahren.

Köln, 16. Juni (Eigener Drahtbericht). Die Vertreter von 107 Ortsgruppen des Landesverbandes Rheinland des Deutschen Sparerbundes haben beschlossen, am Sonntag für den Fürstenenteignungsantrag einzutreten.

Der Landesverband Westfalen hat für diese Woche überall, wo das möglich war, Versammlungen einberufen, um eine lebhafte Propaganda unter den geschädigten Sparern zugunsten der Teilnahme am Volksentscheid und der Abgabe einer Ja-Stimme zu entfalten.

## Briand wieder betraut.

Er will ein „Vurgfriedensministerium“ bilden.

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht). Briand hat um 8 Uhr abends den Sitz des Präsidenten der Republik verlassen. Er hat den Auftrag zur Neubildung der Regierung im Prinzip angenommen. Den ihn umstürzenden Journalisten hat er erklärt, daß er die Absicht habe, einen Appell an alle politischen Gruppen zu richten, damit die qualifiziertesten Personen, die sie präsentieren, angesichts der Schwierigkeit der Lage das Opfer ihrer persönlichen Bequemlichkeit bringen, ihre persönlichen Streitigkeiten vergessen und sich einzig und allein auf den nationalen Standpunkt stellen, um eine gemeinsame Anstrengung zur Lösung der Finanzfrage zu unternehmen.

Briand wird dem Brauche gemäß noch am Mittwochabend um 10 Uhr mit den Präsidenten von Kammer und Senat in Verbindung treten und voraussichtlich erst am Donnerstag seine Bemühungen, ein neues Kabinett zu bilden, beginnen.

Belgien „Atempause“. — Die Kapitalflucht als Inflationsursache.

Brüssel, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht). Das Mitglied der Regierung, Francqui, gab bei seiner Rückkehr aus London die Erklärung ab, daß es ihm gelungen sei, eine Verlängerung der in England fälligen Schatzscheine zu erhalten. Dies verschaffe der belgischen Regierung die nötige Atempause für die finanzielle Sanierung. Doch sei der Stabilisierungsplan noch nicht fertig. Die Stabilisierung könne jedenfalls erst nach der inneren Sanierung erfolgen. Aber die Tarifsenkungen rechtfertigten nicht eine Abhängigkeit des belgischen Franken vom französischen. Ebenso sei die andauernde Vertrauenskrise nicht gerechtfertigt durch die wirtschaftliche und finanzielle Lage Belgiens. Die eigentliche Ursache der Krise sei die Kapitalflucht ins Ausland, ein Geständnis, das aus diesem Grunde doppelt wertvoll ist. Francqui fügte seinen Erklärungen eine ernste Warnung an die Kapitalflüchtigen hinzu: die spätere Sanierung würde ihnen unendlich teuer zu stehen kommen. „Ich habe keine Geheimnisse.“ schloß Francqui, „der Franken kann nur gerettet werden, wenn das exportierte Kapital heimgebracht wird. Bekomme ich keine allseitige Hilfe, dann bin ich entschlossen, auf die mir gestellte übermenschliche Aufgabe zu verzichten.“

# Gewerkschaftsbewegung

## In die Berliner Metallarbeiter!

Am Sonntag hat vor allem auch die Arbeiterschaft über die Ansprüche der Fürsten zu entscheiden. Die politisch organisierten Arbeiter, gleichgültig welcher politischen Organisation sie angehören, stellen sich an die Spitze der Arbeiterbewegung. Die Wahlarbeiten am Sonntag ohne weiteres zur Verfügung. Leider ist auch ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter heute politisch noch nicht organisiert, trotzdem alle Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes innerlich mit einer der beiden politischen Tendenzen mehr oder weniger stark sympathisieren.

Um den politischen Organisationen Groß-Berlins die Wahlarbeit zu erleichtern, und dafür zu sorgen, daß alle notwendigen Arbeiten glatt bewältigt werden können, fordern wir alle organisierten Metallarbeiter auf, sich am Sonntag der ihnen nahebedeutenden politischen Organisation für die Wahlarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Um eure Sache handelt es sich, tut eure Pflicht!  
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin: 3184.

## Der Konflikt im Großhandel verschärft sich.

### Widerstand und Gegenforderungen der Arbeiter.

Wie wir bereits vor einiger Zeit mitteilten, hat der Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels sämtliche bestehenden Manteltarife für die gewerblichen Arbeiter wahllos zum 30. Juni gekündigt. Einige Tage darauf erfolgte auch die Kündigung der Lohnverträge für die Gruppen Lebensmittel- und Kaffeegroßhandel. Dem Deutschen Verkehrsband als Tarifkontrahenten sind bisher weder die Gründe der Kündigung noch irgendwelche Abänderungsvorschläge mitgeteilt worden.

Bei der Einstellung dieses Arbeitgeberverbandes, der selbst die bekanntesten Scharfmacherorganisationen zu übertrumpfen sucht, ist jedoch anzunehmen, daß der Syndikus des Verbandes sicherlich den Ruhm für sich in Anspruch nehmen möchte, im Berliner Großhandel die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen und nach Befestigung aller tariflichen Bedingungen die Löhne und Arbeitsbedingungen einfach zu diktieren. Die Handelsarbeiter haben daher alle Ursache, die Voraussetzung zu einem erfolgreichen Abwehrkampf, d. h. ein gutes Organisationsverhältnis zu schaffen und den notwendigen Widerstand vorzubereiten.

Die Arbeiterschaft des Lebensmittel- und Kaffeegroßhandels nahm in einer sehr gut besuchten Versammlung bereits zu den Kündigungen Stellung und beschloß einmütig, nicht nur den Forderungen anzuhängen, sondern zum Gegenangriff überzugehen. Die Versammelten forderten, daß in erster Linie der Achtstundentag aufrechterhalten wird. Die bisher für das Fahrpersonal vereinbarte unzureichende Pausen für die übermäßig zu leistende Heberzettelarbeit soll beseitigt werden und dafür ein prozentualer Zuschlag für die zu leistenden Heberstunden verlangt und vereinbart werden. Sie forderten weiter: Ausbau und Sicherung der sozialen Bestimmungen, insbesondere eine einwandfreie Regelung des Urlaubsanspruches bei vorzeitiger unerschuldeter Entlassung. Ferner wurde die Organisation beauftragt, in Anbetracht der Steigerung der Lebenshaltungskosten und der kommenden Mieterhöhung eine entsprechende Lohnerhöhung zu fordern. Die Versammelten verpflichteten sich in einer einstimmig angenommenen Entschlieung, alle Kräfte anzuspannen, um alle Berufsangehörigen für den Abwehrkampf zu gewinnen.

Die Arbeiter des Lebensmittel- und Kaffeegroßhandels erwarten, daß die Angehörigen aller anderen Branchen des Großhandels mit gleicher Energie den reaktionären Plänen des Arbeitgeberverbandes gegenüberzutreten und gegebenenfalls gemeinsam mit ihnen handeln werden. Die Belegschaft der bekannten Firma Kaisers Kaffeegeschäft in Spandau, der bedeutendsten und umfangreichsten Firma in der Branche, nahm in einer besonderen Betriebsversammlung zu den Kündigungen ebenfalls Stellung und beschloß einstimmig, nach den Beschlüssen der Branchenversammlung zu handeln.

## Zur Arbeitsmarktlage im Baugewerbe. Verlängerung der Unterstützungsdauer.

Die für den Sommer erwartete Erleichterung des Arbeitsmarktes ist nicht eingetreten. Es kennzeichnet die Tiefe der Krise, daß in einer Zeit, wo das Baugewerbe Hochkonjunktur haben müßte, selbst die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe trübselig ist. Nach den letzten Berichten waren Ende April immer noch 148.107 arbeitsuchende Facharbeiter und 136.847 Hilfs- und Erdarbeiter vorhanden. Resigniert stellt der amtliche Bericht fest, daß die Entwicklungsaussichten für den Arbeitsmarkt im Baugewerbe weiterhin unklar und unübersichtlich bleiben wird und daß mit einer weiteren Unterdrückung der arbeitsuchenden Facharbeiter anscheinend nicht zu rechnen ist. Man stelle sich nur die ganze Ungeheuerlichkeit dieses Zustandes vor: Hunderttausende von Wohnungen fehlen, das dazu erforderliche Material kann im eigenen Lande hergestellt werden und dennoch warten Hundert-

## Am Sonntag

in der Zeit zwischen 8 und 5 Uhr haben alle beschäftigten und arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 20 Jahren, alle kaufmännischen und technischen Angestellten, Verkäuferinnen und Kontoristinnen, alle Beamten und Beamtinnen, kurzum die gesamte Arbeitnehmerschaft, einschließlich der durch Kriegs- oder Berufsunfall wie durch Alter aus dem Arbeitsprozess ausgeschalteten Gelegenheit zur

## Generalabrechnung

mit den Fürsten und ihrem ganzen volks- und verfassungsfeindlichen Anhang. Nachdem der Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und zugleich des Verbandes Berliner Metallindustrieller die Kopfsteuer von zwanzig Pfennigen ausgeschrieben und damit seine intime Verbindung mit den Fürstendilettanten und ihren Plänen gegen die Republik zweifelsfrei dokumentiert hat, müssen wie alle zu dieser Abrechnung an der Wahlurne erscheinen.

## Keiner darf dabei fehlen!

tausende von Arbeitern vergeblich auf Beschäftigung. Es beweist, daß die Wohnungsnot mit kapitalistischen Methoden nicht beseitigt werden kann. Wie man es machen muß, zeigt das Beispiel der Gemeinde Wien.

Angeichts dieser schlimmen Arbeitsmarktlage im Baugewerbe war die ausnahmerechtlige Behandlung der arbeitslosen Bauarbeiter in der Bezugsdauer der Erwerbslosen-Unterstützung längst unhaltbar. Der Reichsarbeitsminister hat nun endlich, dem Drängen der Gewerkschaften folgend, die Gleichstellung vorgenommen. Mit Schreiben vom 9. Juni IV 7510/26 an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge hat der Reichsarbeitsminister die Unterstützungshöchstdauer der Arbeitnehmer des Baugewerbes mit seinen Hilfsbetrieben und der Baustoffherstellung in allen Bezirken, in denen der Baumarkt bisher keine wesentliche Besserung gezeigt hat, auf 39 Wochen verlängert. Die Befugnis der Vorliegenden der öffentlichen Arbeitsnachweise, die Unterstützungshöchstdauer im Einzelfalle um weitere 13 Wochen zu verlängern, bleibt unberührt.

## Lohnabkommen im Friseurgewerbe.

Zwischen den Innungen in Groß-Berlin und dem Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes (Zweigverein Berlin) ist mit Wirkung ab 14. Juni ein neues Lohnabkommen vereinbart worden. Die Mindestlöhne (für Mindestleistungen) betragen für Herrenfriseure 30 Mark, für Damenfriseure 32 Mark, für Herren- und Damenfriseure 35 Mark wöchentlich, für Haararbeiter und -arbeiterinnen 35 Mark, Einrichter und Präparateure 37 Mark. Auch der Lohn für aushilfsweise Beschäftigung wurde diesen Löhnen entsprechend erhöht. Bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen infolge des neuen Lohnabkommens nicht verschlechtert werden.

Leider zieht es in Berlin immer noch ein Teil der Gehilfen und insbesondere auch der Gehilfinnen vor, den Beitrag für die Organisation „zu sparen“, d. h. unorganisiert zu sein und sich dafür um die Bezahlung des Tariflohns prellen zu lassen. Die unorganisierten verlassen sich mehr auf das Trintgeld als auf die gegenseitige Solidarität.

Bezüglich der Arbeitszeit sieht das Abkommen infolge der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe vor, daß die Arbeitszeit des Sonnabends bis 8 Uhr abends ausgedehnt werden kann. Eine weitere Verlängerung darüber hinaus gilt als Tarifbruch, den die Organisation mit allen Mitteln bekämpfen wird.

## Der englische Bergarbeiterstreik.

### Baldwin verhindert die Beilegung.

London, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Es ist nach den verschiedenen Besprechungen zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Führern der Arbeiterbewegung nunmehr deutlich, daß die gesamte britische Arbeiterbewegung in der schärfsten Verdammung der Baldwin'schen Vorschläge, welche auf eine Suspension des Siebenstunden-Arbeitsstages im Bergbau hinausgehen, völlig einig ist. Der Gesetzentwurf der Regierung, welcher diese Suspension des Siebenstundentages im Bergbau vorsieht, wird schon in der kommenden Woche dem Parlament vorgelegt werden. Die Arbeiterpartei wird alle ihr zur Verfügung stehenden konstitutionellen Mittel einsetzen, um dieses Gesetz sowie den größten Teil der übrigen von der Regierung in diesem Zusammenhang angekündigten Gesetzesmaßnahmen zu bekämpfen und die Gesetzgebungsmaschine, soweit es in ihrer Macht als Minorität steht, aufzuhalten. Nachdem schon aus der liberalen Morgenpresse hervorgegangen war, daß die Baldwin'schen Pläne auf liberaler Seite keine Billigung finden, geht nunmehr aus einer Reihe von Meinungsverschiedenheiten führender liberaler Politiker, und zwar liberaler Politiker der beiden Gruppen, hervor, daß die Liberale Partei sich bei der Bekämpfung der Baldwin'schen Vorschläge durchs den Arbeiterpartei anschließen wird, da Baldwin den Kohlenbericht, dessen Inhalt sich die Liberale Partei voll und ganz zueigen gemacht hat, in seiner Erklärung im Unterhaus endgültig verlassen hat.

### Coof gegen Baldwin.

London, 16. Juni. (W.F.B.) Der Bergarbeiterführer Coof nahm im Namen der Arbeiter Stellung zu dem in der gestrigen Sitzung des Unterhauses mitgeteilten Plan der Regierung zur Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks und sagte, die Unterhausdebatte werde nicht dazu beitragen, den Frieden in der Industrie wieder herzustellen. Er fügte hinzu, die Bergarbeiter meinten den Vorschlägen Baldwin's so wenig Bedeutung bei, daß er, Coof, den nationalen Exekutivauschuss nicht einmal berufen hätte, und daß infolgedessen seitens der Bergleute keine Friedensverhandlungen eröffnet werden könnten. Die Bergarbeiter seien in ihrer Ablehnung der Verlängerung der Arbeitszeit durchaus einig.

**Freie Gewerkschaftsjahrb. Deuts. Donnerstag, 7 1/2 Uhr.** Jaern die Gruppen: **Naab:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Bremer Gde. Wiedelstraße. **Altmark:** Alter Markt. **Berlin:** Alter Markt. **Brandenburg:** Jugendheim Döllingstraße 22. **Niederelbe:** Peter Hofmann. **Weser:** Jugendheim Gröbenauer Str. 5. **Leberode:** Tempelhof. **Jugendheim** (Anstalt Germaniastraße 44). **Südsee:** Bericht von seiner Waise. **Südsee (Kreuzberg):** Jugendheim Friedenstraße 66. **Berlin:** Die ethischen Momente der Arbeiterbewegung. **Weser:** Jugendheim Neue Straße 21. **Zukunft:** Abend. **Schwabmünchen (Weidling):** Gruppenheim Götterstraße 2 (Jugendheim). **Berlin:** Werum feiern wir Sonnabend? **Spandau:** Jugendheim Lindenstraße 1. **Diskussion:** Gewerkschaftliche Fragen. **Es spielen im Freien die Gruppen: Oberkammerl auf dem Sportplatz der Metallarbeiter an der Obersee. **Kreuzberg im Volkspark** (Sonderabend). **Rechnung:** Spielen auf dem Platz an der einjahren Goppel. **Rechnung** spielt im Tempelhof Park, Wiese 8.**

**Jugendgruppe des JdW. Deuts. Donnerstag, 7 1/2 Uhr.** Versammlung die Abteilungen: **Tempelhof:** Jugendheim Widenbruchstr. 34 (Rindermarkt). **Berlin:** „Rolle der Jugend“. **Berlin:** Jugendheim Hohenzollernstr. 34. **Edelbergstr.** **Berlin:** „Die deutsche Arbeiterbewegung“.

**Deutscher Bestenbühnenarbeiterverband.** Mitglieder-Versammlung für die Berentensfunktion, Freitag, 7 1/2 Uhr, in den Bestenbühnen, Sandbergstr. 31. Bericht von der Verhandlung, Mitgliederbuch über-fahrt leantimiert; ohnedem aber mit mehr als 4 zehnernden Bestenbühnen sein Zutritt. Die im Abwehrkampf stehenden Kollegen legitimieren sich durch die Kontrollkarte.

**Weser.** **JdW-Mitglieder der Bestenbühnenfabriken und Bauhilfsvereine!** Wir weisen nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die Bestenbühnenversammlung nicht am Freitag, sondern bereits am Donnerstag, 17. Juni, 7 1/2 Uhr, in Havelstraße 10, Neue Friedrich-Edelbergstr. stattfindet. **Weser, JdW, JdW.**

**Verantwortlich für Politik:** Ernst Reuter; **Wirtschaft:** Walter Götter; **Gewerkschaftsbewegung:** J. Steinert; **Kultur:** R. A. Richter; **Sport:** E. Soltes und **sonstige:** Fritz Kottwitz; **Redaktion:** Th. Glade; **Druck:** Schmidt in Berlin. **Berlin:** Hermann-Berlin G. m. b. H. Berlin. **Druck:** Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Cramer u. Co. Berlin **Edelbergstr. 3.** **Weser 1** Verlag und „Unterhaltung und Wissen“.

# Sonderangebote

### Waschstoffe

Musselin Baumwolle	..... Meter	55 Pf.
Perkal für Blusen u. Oberhemden	..... Meter	68 Pf.
Crêpe marocain mod. Druckmuster, Mtr.		85 Pf.
Kunstseide mit Baumwolle, (Waschseide), moderne Karos	..... Meter	1 120
Vollvoile bedruckt, doppeltbreit, Meter		1 125
Foulardine grosse Druckmuster, seidenglänzend, Meter		1 165
Vollvoile doppeltbreit, streng moderne Blumenmuster, ..... Meter		2 90
Opal Schweizer Ausrüstung, weiss, ca. 100 cm breit, ..... Meter		1 145

Von 9 bis 11 1/2 Uhr **Morgen-Konzert**  
in unseren Häusern beim Vergnügungspark  
Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee

### Kleiderstoffe

Musseline reine Wolle, bedruckt, in grosser Auswahl, Meter	1 145
Wollbatist einfarbig, in vielen Farben, ..... Meter	1 90
Reinw. Schotten aparte Farbstellung, Mtr.	1 95
Crêpe marocain reine Wolle, bedruckt, sehr aparte Muster, ..... Meter	2 50
Reinw. Cheviot elfenbein, ca. 130 cm br., Mtr.	2 90
Reinw. Stoffe für Kostüme und Mäntel, ..... Meter	5 90

### Seidenstoffe

Crêpe Baumrinden-, moderne Karos, Meter	2 90
Bastseide moderne Druckmuster, Mtr.	3 90
Bastkaros ca. 100 cm breit, ..... Meter	4 25
Toile reine Seide, aparte Streifen, ..... Meter	4 90
Toile reine Seide, aparte Karos, ..... Meter	5 90
Jacquard für Mäntel, moderne Muster, ..... Meter	6 50
Foulard reine Seide, elegante Druckmuster, ..... Meter	6 90
Schotten reine Seide, ..... Meter	1 125

## Sortierung der Kinder-Abtheilung

Um den Kindern eine besondere Freude zu machen, haben wir in unseren Häusern einen Vergnügungspark eingerichtet, in dem die Kleinen sich in Begleitung Erwachsener nach Herzenslust belustigen können.

# HERMANN TIETZ

### Wochenendfahrt auf der Ostsee 20<sup>00</sup>

Sonntag Sonntag, den 19. Juni  
Ausflug von Berlin nach Rügen 20<sup>00</sup>  
Sämtliche Kosten einbezogen, wie Eisenbahnfahrt III. Klasse, Dampferfahrt, Verpflegung einschließlich Trinkgeld, Familienbad.  
Ausführliche Prospekte in den Reisbüros der Warenhäuser Hermann Tietz.

# Das Unglück auf dem Wannsee.

## Eine Erklärung des „Roten Kreuzes“.

In einer Riesenstadt wie Berlin ereignen sich an einem einzigen Tag — innerhalb eines Zeitraums von 24 Stunden — sozial betrübende, schmerzliche und erschütternde Dinge, wie Unglücksfälle, Verbrechen, Selbstmorde usw., daß es beim besten Willen nicht möglich ist, auch nur einen nebenswerten Teil ausführlich zu veröffentlichen. Aber mit einer bemerkenswerten Einheitslichkeit hat der maßgebende Teil der Berliner Presse gestern den jammervollen und beklagenswerten Tod des kleinen Wilhelm Jähnde aus Zehlendorf behandelt. Und das bedeutet auch eine vollkommene Übereinstimmung der gesamten Berliner Bevölkerung in dem Urteil über diesen Fall, das einer Beurteilung gleichkommt. Dieser mutige kleine Knabe ist das nutzlose Opfer einer vollkommen sinn- und zwecklosen Übung geworden, deren Urheber jetzt offenbar die Absicht haben, vor dem sozialen Versuch nicht zurückzuschrecken, dem verunglückten Kind die ganze Schuld zuzuschreiben. Bringt es doch eine Berliner Korrespondenz fertig, folgende Mitteilung zu verbreiten: „Wie die bisherigen Nachforschungen ergaben, ist der Knabe wahrscheinlich durch eigenes Verschulden ums Leben gekommen. Eine Verfehlung von Seiten des Roten Kreuzes konnte nicht nachgewiesen werden.“ Man sieht, die Freunde des Roten Kreuzes haben es ungeheuer eilig, die absolute Unschuld dieser Organisation festzustellen, und zwar zu einer Zeit, in der das Rote Kreuz selber noch bemüht war, den Verantwortlichen zu ermitteln. Den darum handelt es sich jetzt. Fest steht jedoch jetzt schon, daß es das Rote Kreuz selber war, das nicht weniger als 12 Schüler — Kinder — für seine Übungen angefordert hat. War es sich denn gar nicht bewußt, welche ungeheure Verantwortung es damit übernahm? Man kann nicht umhin, zu zweifeln, ob diese Verantwortung voll und ganz vorhanden gewesen ist. Denn wäre sie es gewesen, hätte das von der am Lande befindlichen Oberleitung durchaus richtig gegebene Verbot des Hineinspringens der Kinder unter allen Umständen rechtzeitig bis zum Schiff durchkommen müssen. Wozu hat man denn Signale? Hier hat es zweifellos an Wichtigem gefehlt! Und weiter. Als Lehrer wird ein Herr Dehmlo w genannt, mit dem offenbar der Turnlehrer Friedrich Dehmlo w, Zehlendorf, Berliner Str. 14, gemeint ist. Dieser Lehrer war doch auf dem Schiff, auf dem sich die Knaben befanden; er hat sie doch also beaufsichtigt. Ist es ihm gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß es bei dem am Dienstag den ganzen Tag herrschenden fürchterlichen Wetter unverantwortlich sein mußte, Kinder zu einer mit allen möglichen Aufregungen und Zwischenfällen verbundenen Übung ins Wasser zu lassen? Es ist also unbedingt notwendig, die Rolle des Jugendzählers Dehmlo w reiflich und rückhaltlos aufzuklären. Aber jede noch so weitgehende Aufklärung wird das tote Kind nicht ins Leben zurückrufen. Und so muß gefordert werden, daß in Zukunft zu ersten Veranstaltungen auch nur ernste Menschen herangezogen werden, Männer und kraftvolle Jünglinge, keine Kinder. Hier hat sich das Rote Kreuz eine Verfehlung zuschulden kommen lassen, für die ihm die Verantwortung nicht abgenommen werden kann.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die führende Organisation im Rettungswesen auf Binnengewässern, lehnt, wie sie mitteilt, die Verwendung von Schulkindern bei sogenannten Wasserübungen ab. Den hierbei gestellten Anforderungen sind Schulkinder unter 14 Jahren keineswegs gewachsen. Vorführungen im Retten sind unter ganz besonderen Vorkehrungen nur im Wasser von höchstens 2 Meter Tiefe zugelassen. Unter keinen Umständen dürfen Hilferufe gestattet sein, da sonst nie die Möglichkeit besteht, einen Ernstfall festzustellen. Wer hiergegen verstößt, handelt fahrlässig mit dem ihm anvertrauten Menschenleben. Das Unglück im Wannsee zeigt, wie not-

wendig der pflichtgemäße Unterricht im Schwimmen und Retten an den Schulen ist. Die Ausbildung der Lehrer auf diesem Gebiete und die Schaffung geeigneter Bade- und Übungsplätze sind Hauptpflichten des Staates und der Gemeinden.

### Die Erklärung des „Roten Kreuzes“.

Zu dem während der Sanitätsübung des „Roten Kreuzes“ am Wannsee erfolgten beklagenswerten Unglücksfall erläßt der Hauptvorstand des Preussischen Landesvereins vom „Roten Kreuz“ die folgende Erklärung:

„Wie bereits durch den amtlichen Polizeibericht bestätigt, ist Dienstag, den 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei der Sanitätsübung von der Männer- und Frauenvereinigung des „Roten Kreuzes“ am Wannsee der dreizehnjährige Schüler Wilhelm Jähnde aus Berlin-Zehlendorf, Beerestr. 10, durch Ertrinken tödlich verunglückt. Wilhelm Jähnde hatte sich mit anderen Schülern zu der Übung, die die Rettungsgesellschaft Schiffbrüchiger durch die Sanitätsmannschaften markieren wollten, gemeldet. Es waren nur 12 Schüler, die freischwimmer sein und die schriftliche Erlaubnis ihrer Eltern beibringen mußten, zur Teilnahme an der Übung zugelassen. Diese Vorbereitungen waren auch bei dem Ertrinken erfüllt. Außerdem waren den Schülern erwachsene Rettungsschwimmer beigegeben worden. Die Schüler befanden sich in Begleitung und unter Aufsicht des Schwimmlehrers ihrer Schule an Bord des „sinkenden Schiffes“, der zu besonderer Unterstützung noch von zwei erprobten Schwimmern begleitet war. Wegen des schlechten Wetters hatte die Oberleitung der Übung das Hineinspringen der Kinder ins Wasser verboten. Das Verbot, vor der Übung von dem Lande aus abzugeben, hat das Schiff nicht erreicht. Die Schüler mußten in Gruppen von zwei und drei abspringen und von den vorher abgesprungenen Rettungsschwimmern aufgenommen werden. Der Schüler Jähnde wartete das Kommando nicht ab, sprang, vom Lehrer und seinem Begleiter unbeobachtet, ab und kam infolge dessen von der Gruppe der übrigen Schwimmer ab. Seine Hilferufe wurden in den ersten Augenblicken als zur Übung gehörig angenommen. Die in der Nähe liegenden Boote beobachteten jedoch seine Bewegungen. Ein Rettungsboot, Rettungsschwimmer und das Motorboot des „Roten Kreuzes“ trafen kurz, nachdem Jähnde im Wasser verschwand, an der Stelle ein; unmittelbar danach auch das Motorboot des Wasserclubs. Dagegen Schleppboote und anderes Gerät zur Hand waren und ausgeworfen wurden, blieb das sofort aufgenommene Suchen nach dem Verunglückten ohne Erfolg. Daß sich weitere Sanitätsmannschaften nicht an der Rettungssaktion beteiligten, geschah planmäßig, da unter Führung des Wasserclubs die Unfallstelle für die Sachkundigen freigehalten werden mußte. Daß noch ein zweiter Knabe untergegangen ist, bewußtlos ans Ufer gebracht wurde und erst nach langen Wiederbelebungsvorversuchen ins Bewußtsein gerufen wurde, entspricht nicht den Tatsachen.“

Nach einer letzten von dem Generalsekretariat des deutschen Roten Kreuzes erhaltenen Information soll der Unglücksfall weder von den Booten, noch vom Lande aus mit Sicherheit beobachtet worden sein. Dem Leiter der Wasseraktion, Dr. Rehkstein, der sich auf einem Motorboot befand, fiel es auf, daß an einigen Stellen viele Rettungsschwimmer waren. Er steuerte darauf zu und nahm mehrere von ihnen auf. Einer von ihnen erklärte, er habe getaucht und sich nachher an einem verankerten Segelboot festgehalten. Dieser Tauchakt wurde dann als der zweite Unglücksfall mißdeutet.

Rehkstein steuerte hierauf das Boot zu dem Dampfer, um den Führer der Schwimmer, den Lehrer Dehmlo w, abzuholen und an Land zu bringen. Erst hier ließ sich dann auf eine Umfrage Dehmlo w herausgestellt haben, daß einer der jungen Leute fehlte.

### Ueberschreitung der Polizeistunde.

#### Schupobeamte und Wirte stecken unter einer Decke.

Zehn Berliner Schupo-Beamte sind bei der Aufdeckung einer großen Bestechungsaffäre in der Friedrichstadt verhaftet worden. Schon längere Zeit ging das Gerücht, daß in dem ehemaligen Kabarett und jetzigen Tanzlokal „Schall und Rauch“ allnächtlich Orgie veranstaltet und von den Beamten des zuständigen Polizeireviere geduldet werden. Ähnliche Bestechungen wurden auch gegen die Eigentümer anderer Lokale, vor allem gegen den Geschäftsführer des Café National, erhoben. So wurden die Geschäftsbücher der betreffenden Lokale beschlagnahmt, in denen ein Posten „Aufwendungen an die Polizei“ vorgefunden wurde. Die Eigentümer der Lokale gaben nun zu, daß sie die kontrollierenden Polizeibeamten wiederholt mit Zuwendungen von Geld, Alkohol und Zigaretten bestochen hatten. Zehn Unterwachtmeister und Oberwachtmeister wurden darauf in Haft genommen.

In den letzten Tagen ist, wie der Polizeipräsident amtlich hierzu mitteilt, durch eingehende Beobachtungen festgestellt worden, daß eine Reihe von Lokalen regelmäßig die Polizeistunde überschritt und daß dies unter Duldung von Revierpolizeibeamten geschah, die von den Lokalinhabern Geschenke verschiedener Art, alkoholische Getränke, Kaffee, Essen, vor allem Dingen Zigaretten, aber auch Geld in verhältnismäßig kleinen Beträgen dafür erhielten. Die Beteiligten sind festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden, der die Untersuchungsarbeit verlagert hat. Im ganzen sind zehn Polizeibeamte und mehrere Inhaber und Geschäftsführer der in Frage kommenden Lokale in die Angelegenheit verwickelt und festgenommen. Der Polizeipräsident hat diesen bedauerlichen Vorfall zum Anlaß genommen, in einem eindringlichen Erlaß allen Beamten der Revierpolizei die außerordentliche Verantwortung in Erinnerung zu rufen, die sie für sich selbst und für die gesamte Schupo-Beamte zu tragen haben und nochmals auf das Schärfste vor der Annahme, auch der kleinsten Geschenke und Gefälligkeiten, zu warnen.

### Der Spritweber-Prozeß.

Sieben Stunden sprach gestern der Staatsanwalt und wird voraussichtlich heute eben so lange sprechen — bei einem drei Monate währenden Prozeß erscheint dies weiter nicht verwunderlich. In seiner weit angelegten Rede entwarf er ein Bild der unglaublichen Korruption, der eine große Anzahl früher pflichttreuer Beamten zum Opfer gefallen sind. Die einzige Erklärung findet er in der Demoralisierung der Inflationzeit, als die Spritintereffenten aus kleinen Anfängen sich zu großen Konzerninhabern aufgeschwungen hatten, und die notleidenden Beamten mit ihnen stets in Berührung kommen mußten. Falsch sei es aber, wenn man der Monopolverwaltung den Vorwurf mache, daß sie ihren Arm schützend über ihre Beamten ausbreite. Im Gegenteil, selbst Weber hat zugeben müssen, daß ihm Haftentlassung versprochen worden sei für den Fall, daß er die Beamten der Monopolverwaltung, mit denen er unter einer Decke gesteckt hatte, nennen würde. Es sei auch unmöglich gewesen, die Prozesse aller Spritschieber und aller Zollbeamten zu einem großen Prozeß zu vereinigen. Die Pflichterfüllung der Zollbeamten und der Beamten der Monopolverwaltung hätten aber nicht genügt, um die unglücklichen Spritschieber zu bringen, wiewohl der Kriminalkommissar Peters nicht mit von der Partie gewesen wäre. Eine zu große Zahl von Angeklagten und Ausforschern war in die Spritschiebungen eingeweiht. Irgend jemand hätte sich doch einmal verplaudern können. Deshalb mußte Peters hinzugezogen werden. So kam es, daß er statt Straßverfahren einzuleiten, sie verbanderte, für die Spritschieber günstige Schlussverträge verfertigte, die Verfahren unter Umgehung der Staatsanwaltschaft selbständig einstellte und sogar soweit ging, Verbindungen zwischen Spritschiebern und Zollbeamten einerseits, und den verschiedenen Spritschiebern andererseits herstellte. Dafür erhielt er laufend materielle Vorteile. Zur Erklärung dieses pflichtwidrigen Verhaltens Peters könne vielleicht auch der Umstand dienen, daß er im Krieg schwer verkhüttet war. Früher Rittmeister mit hohem Einkommen, kam er nun mit seinem Beamtengehalt nicht aus und geriet auf diese Weise auf die schiefte Bahn der Bestechlichkeit.

## Der Wobblj.

Von B. Troten.

Copyright by Buchmeißner-Verlag, Berlin und Leipzig.

„Ha!“ rief der Sekretär aus, „in den Staaten drüben sind diese alten Fehler urmoderne Einrichtungen.“  
 „Weiß ich“, erwiderte der Direktor, „aber wenn wir schon vieles nachmachen, so müssen wir doch nicht alles nachmachen, und besonders müssen wir nicht das nachmachen, was in unsere Zeit nicht mehr hineinpaßt. Diese Mittel waren einmal gut, vielleicht, heute sind sie die dümmsten Mittel, die man anwenden kann. Und sie werden auch drüben nur von Eseln angewandt; und Esel haben die da drüben ja viel mehr als wir, wenn es sich um zweibeinige handelt.“

5.

Die beiden Beamten mit ihren grünen Schnüren am Rock kamen zu Señor Doug und übergaben ihm das Dokument. Doug bekam einen heillosen Schreck und schrie zu seiner Frau: „Ra ja, da haben wir ja die Bolschewistenregierung. Die haben mir einen netten Streich gespielt.“  
 „Was ist denn los?“ sagte seine Frau näherkommend.  
 „Die haben uns geschlossen.“  
 „Ich habe es dir ja immer gesagt, laß uns nicht hierhergehen. Das ist ein ganz verrücktes Land, wo es weder Recht noch Gesetz gibt. Du kannst nur immer Steuern zahlen, und zwar tüchtig, aber zu sagen hast du nichts.“  
 „Sie müssen gleich zumachen“, sagte nun der Beamte, der das Protokoll überreicht hatte, „sonst gibt es ein Strafmandat über hundert Pesos.“  
 „Die Gäste werden doch wohl noch ihre Getränke austrinken dürfen?“  
 Der Beamte sah nach der Uhr und sagte: „Eine halbe Stunde, dann ist Schluß. Sie kriegen einen Wachtmann her, der aufpaßt, daß Sie keine Gäste aufnehmen für das Lokal. Den Wachtmann müssen Sie bezahlen. Das ist ein Beamter.“  
 „Ich auch noch den Wachtbeamten bezahlen?“  
 „Sie glauben doch nicht etwa, daß wir ihn bezahlen? Wir haben kein Geld dafür, um umsonst aufzupassen, daß Sie das Protokoll auch einhalten.“  
 Die beiden Beamten gingen raus und stellten sich vor die Tür, um die halbe Stunde Gnadenzeit abzuwarten. Als sie um war, riefen sie hinein, und Señor Doug schloß wütend die Türen. Nur der Gang für das Hotel blieb offen, weil das Hotel ja die Ruhe und Sicherheit nicht gestört hatte.  
 Im Lokal aber zog keine Ruhe ein, sondern es wurde lebhafter, als es je in den letzten Tagen gewesen war. Die

Dougens gerieten sich in die Haare. Sie wurde wie eine Furie, jeder Centavo, der dem Geschäft verloren ging, fraß an ihrem Herzen. Sie watschelte in ihren Pantoffeln hin und her zwischen den Tischen und machte dem Manne das Dasein heiß. Sie trug nur Hänger, gerade so übergeworfen. Die dicken fleischigen Waden waren frei und steckten in hellgelben, seidnen Strümpfen. Nacken und der Oberteil der Brust waren auch frei, fleischig und quabbelig. Nur ihre Jugend hielt diese ausgewachsenen Massen in einer Form, die nicht gerade häßlich wirkte, sondern mehr verlockend. Aber fünf Jahre mehr würden das Verlockende sicher auslöschen, und das Häßliche würde nicht nur bleiben, sondern verstärkt werden. Die Arme guckten ihrer ganzen Länge nach nackt aus den Aermelöchern des Hängers. Sie hätte, nach dem Aussehen ihrer Arme zu urteilen, als Ringkämpferin auftreten können. Aber es war nur quabbeliges Fleisch, wie alles übrige ihres Körpers. Im Nacken hatte sie einen Fleischwulst, der vorläufig nur schüchtern sich hervorwagte, aber in einigen Jahren Landmarke sein würde. So wie sie jetzt herumlief, lief sie immer im Lokal herum. Wäre es ein anderes Lokal gewesen, man hätte sie gut für eine Bordellmutter halten können, mit der nicht gut zu spaßen war. Die Hänger wechelte sie zuweilen. Sie hatte einen grauen, einen rosa-farbenen, einen grünen, einen dunkelgelben und einen hellvioioletten. Ob sie irgendein anderes Kleid besaß, weiß ich nicht. Ich habe nie ein anderes bei ihr gesehen.  
 Señor Doug lief auch stets in Hemd und Hose umher. Nur wenn er zum Markt ging, setzte er einen Hut auf. Er trug immer eine schwarze Hose, die er mit einem schmalen Lederbügel hielt, ein weißes Hemd mit Kragen und schwarzem Schlips. Sein Bauch stand spitz vor, als ob er am Aufblasen sei. Auch die Señora schien einen ähnlichen spitzen Bauch zu haben. Man konnte das nur nicht so beurteilen, weil der Hänger das ausglich. Aber was sie vorn zu viel hatte, fehlte ihr hinten. Das heißt, hinten war schon allerlei vorhanden; aber das proportionale Verhältnis zum Bauch war doch nicht kräftig genug, um der ganzen Figur die mollige Form zu geben. Und weil vorn viel mehr war als hinten, so sah es in dem Hänger immer so aus, als ob sie hinten nur das Allernotwendigste habe, und als ob selbst dieses Allernotwendigste gerade am Ueberlegen sei, ob es nicht auch noch nach vorn rutschen solle. Jedemfalls brauchte Señor Doug nicht verlegen sein, er konnte gut etwas in den Händen halten und brauchte nicht zu befürchten, sich an Knochen wund zu stoßen.  
 „Du bist ja rein verrückt gewesen“, schrie sie auf ihn ein, „hier in dieses wahnwitzige Land zu gehen.“  
 „Ach?“ schrie er zurück, „Warst du es nicht, die jeden

Tag mir die Ohren vollschaltete, daß hier das Gold auf der Straße läge, und daß man es nur aufzuschaufeln brauche?“  
 „Du gemeiner Lügner, du“, brüllte sie los, „du dreifiger Marceller Zuhälter, der du bist, hast du nicht mein ganzes Geld abgehoben und mir gesagt, daß es hier tausend Prozent bringe in zwei Jahren?“  
 „Habe ich vielleicht nicht recht damit gehabt? Wir sind hierhergekommen mit nichts. Oder wieviel haben wir denn gehabt? Achtundert Pesos. Oder vielleicht mehr? Und jetzt haben sie mir schon achtundsechzigtausend Pesos für das Haus und Café geboten. Und ich verkaufe es nicht dafür, weil es viel mehr wert ist.“  
 „Mehr wert? Mehr wert?“ erbot sie sich. „Nicht einen Dreck ist es wert. Wo denn? Es ist zu. Die werden dir kaum die Ziegelsteine bezahlen. Aber das habe ich dir ja schon damals gesagt, als die neue Regierung herantam. Wie heißt denn der Hund, der Obregon, der Spighube! Da war es vorbei.“  
 „Wir haben doch erst seitdem angefangen, zu etwas zu kommen. Oder vielleicht vorher? Vorher vielleicht? Wo wir einhundert Pesos nach den anderen schmieren mußten, um die Augen aufbehalten zu dürfen. Jeder hielt die offene Hand hin.“  
 „Und jetzt“, widersprach sie ihm, „ist es jetzt anders? Jetzt stehen die Leute immer mit der offenen Hand da. Erst die Küche, nun die Kellner, und du wirst sehen, die Bäcker kommen auch noch hintennach. Dann können wir heimfahren, bettelarm.“  
 „Laß mich jetzt in Ruhe, zum Donnerwetter nochmal.“ schrie er in voller Wut. „Du verdirbst alles mit deiner Habgier und mit deinem verfluchten Geiz.“  
 „Ach geizig? Geizig ich? Wo ich doch das ganze Geld zusammenhalten muß, weil du es sonst verheuren würdest mit den Weisbildern. Und das nennst du geizig? Du freilich kümmerst dich nicht um die Kinder und was daraus wird. Du gehst huren, und ich habe die Kinder am Halse.“  
 Da hörten wir ja seine Familiengeheimnisse. Ich glaube kaum, daß die Señora recht hatte; denn ich wußte nicht, wann er sich Zeit genommen hätte, Seitensprünge zu machen. Aber solche Auseinandersetzung war wohl das, was man „ein ehe-liches Zwiegespräch“ nennt. Denn die beiden lebten in durchaus glücklicher Ehe und Harmonie. Diese glückliche Ehe wurde nur eben dadurch gestört, daß Arbeiter anfangen aufzuwachen und die Gewinne derer zu überrechnen, für die sie arbeiteten. Solches Ueberrechnen stört zuweilen Könige und ganze Staaten. Warum soll es nicht auch die Harmonie von Ehen stören?  
 (Fortsetzung folgt.)

# „Leuchtturm.“

Die erste preussische Zuchthauszeitung.

Eine Zeitung, die im Verborgenen blüht und gedeiht, von der niemand weiß, die niemand kennt und doch von Tausenden von Menschen, von den Ausgestoßenen, Gezeichneten der Gesellschaft, sehnsüchtig erachtet, mit Heißhunger verschlungen wird, ist der „Leuchtturm“, die erste preussische Zuchthauszeitung. Diese recht eigenartige Zeitung wird ausschließlich von Zuchthauslern geschrieben, gedruckt und nur von Sträflingen gelesen. Sie ist der erste Versuch, noch schwer, noch tastend, den Zusammenhang der Gefangenen mit der Außenwelt nach Möglichkeit, ohne Gefährdung der Disziplin, aufrecht zu erhalten, die Entfremdung, die die lange Haft in dem Menschen naturgemäß auslöst, zu mildern.

Zeitungen halten in den Gefangenen das Interesse an den Geschehnissen der großen Welt am besten wach, schenken ihm daher, besonders in der Einzelhaft, in tierischer Abgestumpftheit seine Tage zu verbringen. Zu einer regelmäßigen Zeitungslektüre kommt aber der Zuchthausler nur gar zu selten, denn sein langer Verdienst reicht kaum zur Verbesserung seiner Nahrung. Diesem Uebel eingedenk versuchte die Zuchthausleitung in Görtlich eine eigene Zeitung herauszugeben. Zuerst war der „Leuchtturm“ nur ein Nachrichtenblatt, dann wurde er langsam größer und größer. Heute erscheint er schon in einem gewaltigen Umfang, findet Einlaß in allen preussischen Zuchthäusern und wenn dieses Blättchen auch kein Erfolg für die echten wirklichen Zeitungen ist, und wahrscheinlich auch nie werden wird, so ist es doch zweifellos ein lobenswerter Beginn, der viele Menschen in der Abgeschlossenheit des Zuchthausens ermutigt, ihnen geistige Regungen gibt und so seinen Zweck erfüllt.

Ich sprach vor einigen Tagen mit einem vom Görtlicher Zuchthaus entlassenen Sträfling. Er war Handelsangestellter, mit Hang zur Schriftstellerei. Krieg, Inflation, schlechte Gesellschaft brachten ihn auf den Abweg. Schwere qualvolle Jahre liegen hinter ihm. Nun ist er wieder frei, in Stellung. Er erzählte vom Leuchtturm, zeigte ein Exemplar, das in seinem Besitze geblieben.

— Zwei Jahre lebte ich, nein vegetierte ich im Zuchthaus. Dann kam der Leuchtturm. Es war unser Blatt. Nur der Schriftleiter, unser oberster Mentor, der Strafanstaltsinspektor Deuten war ein freier Mensch. Das Blatt bereitete uns viele Freude, Redakteure, Revisoren, Seher, sie alle waren aus unseren Reihen. Alle, die noch etwas Sinn für anderes hatten, weiteten sie, um unser Blatt arroh zu machen. Und es wuchs auch. In jeder bekam Papier und Schreibzeug, ein jeder schrieb. Die Einsendungen häuften sich. Wir Redakteure mußten schon zu Schichten beginnen.

— Vor drei Monaten, als ich frei wurde, erschien das Blatt schon in Tausenden von Exemplaren, aber noch immer mit der Hand gelegt, auf einer Schnellpresse gedruckt... ja die leidige Beilage — letzte der Erzähler. — Jetzt erscheint der Leuchtturm wöchentlich einmal und sein Abonnementpreis beträgt monatlich 10 Pfennig.

— Allerdings — fährt der Handelsangestellte in seiner Erzählung fort — sehen Sie sich das Blättchen einmal an! Wahrscheinlich keine Zeitung, nur ein Zeitungserlass. Politische Nachrichten, ohne Kommentar. Telegramme nur spärlich, natürlich veraltet. Kriminalistik gänzlich verpönt. Unterhaltungsteil so oft moralisierend, und doch... mich und vieler meiner Mitgefängenen richtete dieses Spiel (!) auf, löste die Starrheit in uns, in die wir verfallen waren, das ziellose Dahinleben, das Tierische, nur das bißchen Fleiß erwarrend.

Eins steht zweifellos fest, solche und ähnliche Versuche sind der Beginn des neuen Weges, die der Strafvollzug zu gehen hat. Hier wird eine Möglichkeit gezeigt, das gesteckte Ziel zu erreichen, wenn auch der Leuchtturm die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht voll erfüllen sollte.

## Die Witwe des Bankdirektors. Sie wollte nur geheiratet sein!

Einen verheißungsvollen Anfang auf der Bahn der Hochtapesel hat die noch ziemlich jugendliche Gertrud Schilde gemacht, die sich wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten hatte. Beziehungen zu einem Bankdirektor im Auslande hatten sie auf die Idee gebracht, sich bei ihrer Rückkehr nach Deutschland in Berlin als reiche Witwe eines Bankdirektors auszugeben. In ihren Erzählungen stieg ihr Vermögen immer mehr, so daß sie schließlich 50 000 bis 70 000 Mark auf der Anglobank in Prag liegen haben wollte und daneben noch 7000 Dollar. Die reiche Witwe hatte bald einen Kreis von Heiratslustigen um sich. Unter ihren Bekannten befanden sich auch die beiden Inhaber eines Geschäftes, von denen sich der eine besonders beglückwünschte, daß er noch nicht verheiratet war. Es gelang ihm auch bald, die Gunst der „reichen Witwe“ zu erlangen, und es fand die Verlobung statt. Auf Drängen ihres Verlobten sollte die Witwe ihre Gelder nach Deutschland überführen lassen, da sie verprochen hatte, sich mit dem Kapital an dem Geschäft ihres Zukünftigen zu beteiligen. Als sie nicht mehr ausweichen konnte, ging sie zu einer Berliner Bank und stellte den Antrag, für die Frau Bankdirektor B. ein Konto zu errichten und ihre Gelder aus Prag darauf übertragen zu lassen. Dann kam sie aber mit der Bitte, ihr gleich einen Vorstoß zu zahlen. Natürlich ging die Bank darauf nicht ein. Die Frau Bankdirektor legte sich aufs Bitten und wollte sogar ihre Autos, die allerdings gar nicht vorhanden waren, in Pfand geben. Das alles kam der Bank so komisch vor, daß sie der Sache auf den Grund ging, so daß der Betrug schließlich ans Tageslicht kam. Die Angeklagte bestritt, daß sie die Bank habe betrogen wollen, da sie selbst gewünscht habe, daß auf diese Weise Geld gar nicht zu erhalten sein werde. Es sei ihr nur darauf angekommen, ihren Bräutigam hinzuhalten, da sie zunächst einmal geheiratet sein wollte; dann hätte sie schon alles wieder ausgeglichen. Inzwischen hat die „reiche Witwe“ weitere Straftaten begangen und ist auch bereits in Breslau abgerichtet worden. Für ihr erstes Vergehen, das jetzt hier zur Aburteilung vorlag, erkannte das Schöffengericht auf 3 Monate Gefängnis.

## Chauffeurs, mehr Hilfsbereitschaft!

Am 13. Juni 1926 abends 11.30 Uhr kam die aus Rathenow kommende Droschke I A 31.806 ins Schleudern, überschlug sich und begrub die Insassen unter sich. Der von der Fraueninsel kommende Omnibus hat dann die Schwerverletzten nach dem Sanatorium „Waldfrieden“ in Wannsee gebracht. Soweit der Unfall. — Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg e. V. nimmt diesen Unfall jedoch zum Anlaß, die Kraftfahrer untereinander um größere Hilfsbereitschaft zu bitten. Bei obigem Unfall standen an der Unfallstelle nach den Mitteilungen der Verkehrswachtleute der BBB, etwa 20 Privatkraftwagen herum. Es ist jedoch keinem der betreffenden Führer und Insassen eingefallen, sich an den Hilfeleistungen ufm. zu beteiligen. Wirklich ein bedauerlicher Zustand. Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg e. V. möchte deshalb allen ergo ihr Werkprüchlein sagen: „Bei Unfällen siehe nicht als ruhiger Zuschauer herum, sondern wenn Du Hilfe zu leisten vermögest, stelle Dich sofort in den Dienst der Sache.“

## Der Raubüberfall in der Wohnung einer Filmschauspielerin

Der Raubüberfall, der unter auffeherregenden Umständen am 19. Oktober v. J. in der Wohnung der Filmschauspielerin Charlotte Böllin verübt worden war, beschäftigte jetzt das Schöffengericht Charlottenburg. Angeklagt waren als der eigentliche Täter der 23jährige Paul Brandt und wegen Anstiftung der Architekt Georg Volkmann sowie wegen Beihilfe dessen jüngerer Bruder Hugo Volkmann. Der Tatbestand war folgender: An dem genannten Tage löstete es in der Wohnung der Schauspielerin gegen 11 Uhr am Fernsprecher. Als sich die nur allein anwesende Jose Ladia Urban meldete, antwortete eine männliche Stimme, die sich als ein Herr v. Horn vorstellte. Er sei eben aus Paris angekommen und habe ein Wertpapier zu übergeben. Als er hörte, daß die Schauspielerin nicht anwesend sei, wollte er einen Boten schicken.

# Unwetter über Spandau.

## Uberschwemmungskatastrophe in noch nicht dagewesenem Umfang.

Nach den schweren Wetterkatastrophen, die sich in Sachsen und besonders in der Umgegend Dresdens ereignet haben, ist in den gestrigen Abendstunden Spandau und Umgegend gleichfalls von einem Unwetter heimgesucht worden, das geradezu furchtbare Ausdehnung annahm. Schon während des gestrigen Nachmittags lastete über Berlin eine starke Schwüle und wiederholt konnte drohendes Gewittergewöl beobachtet werden, ohne daß es aber zu irgendwelchen elektrischen Entladungen kam. Ein heraufziehendes starkes Gewitter kam dagegen in den Abendstunden über Spandau zur Entladung. Es gingen wolkenbruchartige Regengüsse nieder, wie sie seit der Unwetterkatastrophe in Berlin am 7. Juni d. J. nicht zu verzeichnen waren. Die Feuerwehren wurden in vielen Fällen alarmiert. Infolge der dauernden zahlreichen Hilferufe aus allen Teilen Spandaus wurde bei der Feuerwehr der Ausnahmezustand erklärt, d. h. zu jeder Meldung nach einer gefahrdrohenden Stelle rückte immer nur ein Gefährt aus. Es war daher zunächst nur möglich, an besonders gefährdeten Stellen zur Hilfeleistung zu eilen. Wieder wurden die tiefer gelegenen Stadtteile, wo in den Gullys die Wassermengen nicht genügend Abfluß fanden und die Straßen zeitweise gewaltigen Seen gleichen, von dem Unwetter am schwersten betroffen. Wohn-, Haus- und Lagerkeller wurden von den gewaltigen Wassermengen überflutet. Der Verkehr wurde in einzelnen Stadtteilen völlig lahmgelegt. Der Straßenbahnverkehr stockte und für Kraftwagen waren die Straßen nicht passierbar.

## Der Verlauf der Katastrophe.

Wie wir hierzu von zuständiger Seite erfahren, hat die Spandauer Unwetterkatastrophe einen noch größeren Umfang angenommen, als zuerst vermutet wurde. Der erste Wolkenbruch, der von zahlreichen elektrischen Entladungen und Donnerschlägen begleitet war, ging um 17 Uhr nieder. Nach kleinen Abflauungen wiederholten sich die Wolkenbrüche, so daß die Wassermassen nicht genügend Abfluß fanden. Besonders katastrophal gestaltete sich die Lage in der Alt- und Wilhelmstadt und auch in

einem Teil der Neustadt. In den Hauptdurchgangsstraßen, so in der Neudorfer, Schönewalder, Breiten, Fichelsdorfer und Götterstraße und in den Nebenstraßen sowie am Lindenufer stand das Wasser bis über 1 Meter hoch. Es war für die Bewohner unmöglich, in ihre Wohnungen oder aus diesen heraus auf die Straße zu gelangen. Besonders in der Nähe des Bahnhofes, in der Bahnhofstraße, war ein Passieren unmöglich. Hier hatte sich

ein mehrere hundert Meter langer See von etwa 1 1/2 Meter Tiefe

gebildet. Den von Berlin kommenden Arbeitern und Angestellten, die in den ehemaligen Kasernen wohnen, war es zunächst nicht möglich, in ihre Wohnungen zu gelangen, da erstens der See am Bahnhof und eine weitere große Wasserfläche vor der Kaserne den Zugang verwehrten. Erst auf Umwegen konnten die Anwohner ihre Behausungen erreichen. In dem Cafe Fürstenhof stand das Wasser in dem Keller etwa zwei Meter hoch. Ähnlich sah es in den anderen Stadtteilen aus. Alle Keller waren überflutet und allerlei Hausgerät schwamm darin herum. Der Schaden, der auch in Kellermwohnungen durch die Wasserfluten angerichtet wurde, ist sehr erheblich. Der

## Strassenbahnverkehr ruhte vollständig

und den von Berlin kommenden Straßenbahnen war es gleichfalls nicht möglich, durch die Unterführung am Bahnhof zur Marktstraße zu gelangen. Sie konnten nur in einer Richtung verkehren. Die Feuerwehr wird noch die ganze Nacht hindurch angestrengt arbeiten müssen. Von Berlin sind bereits eine größere Anzahl Pumpen angefordert worden, da die Spandauer Geräte die Wassermassen nicht bewältigen können. Wahrscheinlich werden die Bewohner in den gefährdeten Teilen selbst die Pumpen bedienen müssen. Abends gegen 11 Uhr schien sich die Katastrophe wiederholen zu wollen.

## Ein neuer Wolkenbruch

ging über Spandau nieder, doch war er nicht von langer Dauer. Größte Gefahr bestand für im Keller liegende Starkstromleitungen und Telefonanlagen. Bis bisher aber bekannt geworden, ist weder in der Elektrizitätsversorgung, noch in der Telefonleitung eine Störung zu verzeichnen. Obgleich zahlreiche elektrische Entladungen erfolgten, sind anscheinend Einschläge nicht erfolgt.

Einkünfte einiger ehemaliger Fürsten mit den kümmerlichen Renten, die an Kriegsbeschädigte gezahlt werden — 0,27 M. pro Tag — und mit dem Hungerlohn, der den Arbeitslosen angeboten wird. Der Film ist ein gutes Propagandamittel im Kampf gegen den Raubzug der Fürsten.

## Blumen in Garten und Haus.

Im Rahmen der Ausstellung „Für Landhaus und Garten“ in der Friedrich-Ebert-Straße hat Friedmann und Weber sprach gestern nachmittag Architekt Berthold Köring, Neubabelsberg über „Blumen in Garten und Haus“. Obgleich man sich noch immer nicht ganz von der Barbarei der Barock- und Rokokoärten frei gemacht. Die Blume ist ein lebendes Wesen von besonderen Eigenschaften, auf die ein künstlerisch fühlender Mensch bei ihrer Pflanzung oder Aufstellung Rücksicht nehmen muß. Man hat heute in der Schaffung einfacher und schon länger linderer Böden die Geschmackslosigkeit vergangener Jahre überwinden. Wenn man aber in diese Baset wohllos Blumen hineinpackt, so handelt man nicht gerade geschmackvoll. Bese und Aufstellung muß dem Charakter der Blume angepaßt werden. Es geht nicht an, einen Zweig z. B. senkrecht aufzustellen, der seiner ganzen Struktur nach wogerecht angebracht werden muß. Köring zeigte dann an Beispielen, wie Bösen und Blumen zu einer künstlerischen Einheit verbunden werden können, und demonstrierte an anderen Beispielen, wie Blumen nicht behandelt werden dürfen.

Mit einem Festkommers feierte am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus die Kameradschaft Kreuzberg des Reichsbanners den 75. Geburtstag ihres aktiven Kampfgenerals Julius Eitelberg. Viele hundert Reichsbannerleute waren dem Aufe gefolgt und unterhielten sich vorzüglich bei der zugleich strammen und gemühtlichen Rede des Kameraden Berls (D.P.), den Respirationen von Willt Breuß, den prächtigen Darbietungen der „Lappographen“ unter Weinbaums Leitung und nicht zuletzt dank auch der eigenen Lieder. Kamerad Küter (S.P.D.) überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Gauvorstandes und der Sozialdemokratischen Partei. Für die Kameradschaft Kreuzberg sprach Robinson, für das Zentrum Kamerad Kellermann, der Vorsitzende der Berliner Zentrumspartei, und für die Demokraten Kamerad Silberstein. Zum Schluß erschien noch der alte Genosse Friz Jubel und feierte das „Geburtsstagskind“, das allerdings noch um zwei Jahre jünger ist als er selbst, als einen alten, unermüdeten Kampfgenossen, den die Jugend sich zum Vorbild nehmen sollte.

Die Scala versucht in ihrem Juniprogramm den regnerischen Sommer etwas frohgemut einzuleiten. Also müssen die „Stimmungszauberer“ Bendow und Morgan daran glauben. Es liegt ihnen das nicht so ganz. Die mächtige Varietébühne, der große Zuschauerraum lassen die Scherze schlecht, außerdem scheinen die freudlichen Improvisatoren zuweilen etwas müde und abgebeht. Immerhin einiges ligt wie gewohnt und das Publikum ist dankbar aus Gemühtheit. Dann „So o So“, jene geheimnisvolle Dame, die eigentlich ein Mann ist und eine Verhämtheit der internationalen Varietébühne. Sie jongliert und tanzt mit indischen Riesenschlangen und bringt ein Temperament auf, das manchmal nur ein wenig gezwungen erscheint. Eine reizende Lustigkeit sind die 8 Wannos und ihnen gleich die Sam Infield Comp. Saxon und Partner, zwei Akrobaten von Ruf, geben plastische Gymnastik und Rufe und Honey zeigen nicht allzu Neues auf der künstlichen Eisbahn. Schließlich wären zu erwähnen Blinova Worontzoff vom alten russischen Ballett und Hette Girard, die alte Ballettkunst in der reformierten Tanzkultur der Russen lebendig werden lassen. Man kann schon froh dabei werden, auch wenn man ein Liebhaber der neuen Tanzstile ist.

„Lachen links“ darf als Werbemittel zum Volkssenscheid nicht vergessen werden! Die neue Nr. 25 ist ganz eingestellt auf den Kampf gegen die Fürstentümer. Politische Satire war von jeher eine wirksame Waffe der Unterdrückten. Sorat für weiteste Verbreitung von „Lachen links“ und Ihr führt dem Volksentcheid Tausende von „Stimmen“ zu! „Lachen links“ kostet pro Nummer 25 Pf. und ist zu beziehen durch alle Postämter und Volksbuchhandlungen oder direkt vom Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68. Man verlange „Lachen links“ an allen Zeitungskiosken.

Das Christliche Gewissen — für Volkssenscheid. Der Provinzialverband Berlin-Brandenburg der Christlich-Sozialen Reichspartei veranstaltet Donnerstag, 17. Juni, abends 8 Uhr einen Vortragsabend in der Stadthalle in der Klosterstraße, in der Witus Keller über „Das christliche Gewissen — für Volkssenscheid“ sprechen wird. Das Referat hält Dr. Grundel von der Großdeutschen Jugendbewegung (Christlich-republikanische Jugend) zu dem Thema: „Die Fürstentümer, eine Frage an das Volksgewissen — keine Parteianglegenheit.“

Weiteres Anwachsen der Donau. Infolge des starken Landrucks sind die Donau und ihre Nebenflüsse weiter gestiegen. Der Wasserstand an der Wiener Reichsbrücke beträgt 3,40 Meter, und man glaubt, daß er heute früh eine Höhe von 4,10 Metern erreichen wird, wodurch auch das rechte Donauufer überschwemmt werden wird.

## Der Film „Freies Volk“

läuft jetzt ab Freitag, den 18. Juni, in Ballschmieders Lichtspielhaus, Badstr. 16. — Werbt für den Film! Erschiet in Massen!

## Palästina, ein Land des Friedens und der Gerechtigkeit

Der Präsident der Exekutive der jüdischen Weltorganisation, Prof. Ch. Weizmann, der sich auf der Durchreise nach Genf befindet, hielt am Dienstagabend auf einem Gesellschaftsabend der jüdischen Vereinigung für Deutschland in der Bühlarmonie eine programmatische Ansprache über Ziele und augenblickliche Situation der jüdischen Bewegung. Weizmanns Vortrag war völlig unparteiisch und vor allem statistisch-fachlich. Der jüdische Führer, von seinen Anhängern stürmisch begrüßt, sagte etwa folgendes: In der Palästinafrage ist in den letzten Jahren eine wesentliche Stabilisierung eingetreten. Nach vor 4 Jahren arbeitete die palästinensische Verwaltung mit einem erheblichen Defizit. Heute kann der Palästinaetat einen Ueberschuß von 24 Millionen Goldmark registrieren. Die jüdische Einwanderung der letzten Jahre weist eine dauernde Steigerung auf und beträgt jetzt durchschnittlich 2500 bis 3000 Menschen im Monat. Mit der materiellen Sanierung geht die ideale Hand in Hand. Das Verhältnis zwischen Arabern und Juden ist ein wesentlich besseres geworden. Die Ziele der jüdischen Kolonisation sind durchaus friedliche und keineswegs aggressiv. Kultivierung und Kolonisation sind das Programm. Den Aufstieg Palästinas charakterisiert die geringe Militär- und Polizeimacht von insgesamt 1250 Mann, mit der Palästina im Gegensatz zu seinen freiburgartigsten Nachbarländern Syrien und Ägypten völlig auskommt. Das Problem Palästinas ist die Kleinheit des Landes. Eine Besiedlung über den Jordan hinaus wird später wohl nicht zu umgehen sein. Die Grundlage unserer Politik ist Gerechtigkeit und Verständnis für andere. Das Verhalten der Völker zur jüdischen Frage ist in den letzten Jahren ein weitläufig positives geworden. Wir rechnen unbedingt mit einer günstigen Entwicklung Palästinas.

## Die Grundstückschiebungen bei der Nord-Südbahn.

Im Verlaufe der Unteruchung zur Klärung der Grundstückschiebungen bei der Nord-Südbahn sind aus dem Publikum zahlreiche anonyme Briefe eingegangen, die die Beschuldigten Schmid und Beuster betreffen. Die Brieffschreiber haben ihre Namen vermutlich deshalb verschwiegen, weil sie eine wirtschaftliche Schädigung befürchteten. Wir erfahren dazu, daß derartige Mitteilungen stets streng vertraulich behandelt werden, so daß irgend eine Schädigung der Schreiber nicht in Frage kommt. Alle Personen, die Mitteilungen zu machen haben, werden daher dringend ersucht, diese nicht anonym an die Kriminalpolizei zu richten, da sie vollster Disziplin sicher sein können. Briefliche oder telephonische Nachrichten nimmt die Dienststelle F. 8, Kriminalkommissar Polch im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstraße 30, Hausanruf 638, entgegen.

## Freigabe des Propagandafilms.

Gestern nachmittag lief zum erstenmal im Olympia-Theater in der Kantstraße, Charlottenburg, der neue endgültig freigegebene Film „Keinen Pfennig den Fürsten“. Man versteht einfach nicht, warum die Zensur Schwierigkeiten machen konnte; nur ganz ferdile monarchistische Gesinnung kann hier irgend etwas auszuweichen haben. Das beanstandete Textbild, nach dem Wilhelm in Doorn täglich 1650 M. zu vergebren hat, ist in der ursprünglichen Fassung geblieben, ebenso die Zeichnung der beiden Fürstenleichen mit der Unterchrift „wanzigtausend Mark Verdiente“. Der Film beginnt mit der Zeichnung „Wilhelm flucht nach Holland“, dann zeigt er einen Teil der Schloßer, die die Hohenzollern für sich beanspruchen, dazu kontrastieren die Glendbilder von Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten und Aufnahmen verschmutzter Berliner Hinterhäuser. Eine Tabelle vergleicht die



# Bundestag des Arbeiter-Sängerbundes.

Den geistigen Höhepunkt der 6. Bundestagung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes in Hamburg (Gewerkschaftshaus), der — wie bereits berichtet — die bedeutungsvolle Gründung der Arbeiter-Sänger-Internationale vorausging, bildete ein Vortrag vom Genossen Prof. Leo Kestenberg (Referent im preussischen Kultusministerium) über „Bedeutung des Chorgesanges in der Volksbildung“, der die Wurzeln echten Volksgesanges (Chorgesanges) in der Volksgemeinschaft blickte: Ausdruck einer engen sozialen und wirtschaftlichen und darum auch geistigen und gemüthlichen Gemeinschaft, die aus irgendeiner Begeisterung heraus zum Liede als natürliches Ausdrucksmittel greift und sich so wesentlich abhebt von dem Konzertbetrieb, der der klaffenmässigen Scheidung zwischen Volk und Berufsmusikern (Berufsmusikern), der Trennung zwischen Kunst und Publikum entspringt und Kunst (im Werden der kapitalistischen Entwicklung überhaupt) als käufliche Leistung auf den Markt brachte, wo nunmehr die Virtuosenelitel Blüten treibt. Kestenberg sieht in der Arbeiter-Sängerbewegung — deren Ziel die Kultur des Volkes, des Massen-Chorgesanges, und zwar des proletarischen ist — den Anfang der Gesundung unseres abwegig sich entwickelnden Bildungswesens überhaupt. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund wird den Vortrag veröffentlichen und die Öffentlichkeit wird sich mit ihm zu beschäftigen haben.

Arbeiter-Sängerbundes in Hamburg zeigen, wie erst diese Organisation und ihre Führer ihre Aufgabe — Kunst dem Volke! — auffassen. Die Berichte des Vorstandes erzählten von dem schweren wirtschaftlichen Ringen des Bundes während der letzten verstrichenen Wirtschaftsjahre; sie bewiesen aber auch die gesunde Kraft und die Liebe zum Liede zur Musik in unserem Volke, denn stärker denn je steht heute der Deutsche Arbeiter-Sängerbund wieder aufrecht, nachdem der Krieg seine Reihen dezimiert hatte: 250 000 zahlende Mitglieder! November 1923 ein wertvoller Kassenbestand von 81 Geldpfennigen und am 31. März 1926: 163 400 Goldmark! Von dem eigenen Musikverlag des Bundes wurden in derselben Zeitperiode 1 400 000 Chorstimmen eigener Verlagswerke ausgegeben. Eben jetzt hat der Verlag des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes eine Sammlung gemischter Chöre herausgegeben, die die seinerzeit von dem ehemaligen deutschen Kaiser stark begünstigte und geförderte Volksliederammlung in den Schatten stellt. Dem künstlerischen Beirat des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, dem die Vaterschaft an diesem Werke mit zuzuschreiben, gehören an: Prof. Siegfried Dohs, Prof. Dr. Karl Thiel und Dr. Alfred Gutmann. Die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“, die seit Jahrzehnten von Alex. Kaiser geleitet wird, das Organ des Bundes, erscheint in einer festen Auflage von 63 000. Auf Betreiben des Bundes haben die Landesregierungen in Preußen und Hessen staatliche Fortbildungskurse für Chorleiter an der staatlichen akademischen Hochschule für Musik eingerichtet.

Im wesentlichsten betrafen die von Julius Rener, dem ersten Vorsitzenden des Bundes, geleiteten Verhandlungen innere organisatorische Angelegenheiten des Bundes selbst. Bemerkenswert sind der Antrag, eine Pensionskasse für die Chorleiter des Bundes einzurichten (der dem Vorstand überwiesen ist), die Beschlüsse, alljährlich eine Deutsche Arbeiter-Sänger-Werbewoche zu veranstalten, die Freigabe der Schulaulen für die Übungen und Aufführungen der Arbeiter-Sänger und die Steuerfreiheit für ihre Konzerte zu erwirken, Chorleiterkurse für musikalisch begabte Mitglieder abzuhalten. Beschlüsse, Anträge, die diktiert sind von einem eifrigen Willen, das künstlerische Niveau der musikalischen Arbeiterkunst zu heben.

Hier sind tatsächlich beste, edelste Kräfte im Volk im gedehlichen Wachstum, und diese Tagung des Arbeiter-Sängerbundes ist ein gutes Zeichen von der inneren Gesundung der deutschen Nation, und es ist erfreulich, daß auch die zur Gründung der Arbeiter-Sänger-Internationale nach Hamburg gekommenen Auslandsvertreter an den Verhandlungen des Bundes teilgenommen haben. B. R.

**ZAHNE** ohne Gaumen von 3 Mark an. mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis. **Hatvani** Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86 Lutsenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 37



Der Schwimmer ist nicht wasserscheu  
**Erdal**  
macht alle Stiefel neu.

## Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
8. Platz d. Republ.  
8: Die Entführung aus dem Serail  
Schauspielhaus  
4 Uhr: Peer Gynt  
Schiller-Theater  
5 U.: Nickel und die 36 Gerechten

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 1/2 Uhr:  
**Die Bohème**  
Abonn.-Turnus II

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
Gastspiel: Kohnert  
8 1/2 Uhr:  
**Max Adalbert**

**Das Ekel**  
Die Komödie  
Bismarck 2414, 7516  
8 1/2 Uhr:  
**Weck- und**  
(Ueber'n Sonntag)

**SCALA**  
8 Uhr:  
**Internal**  
**Varieté**  
Theaterkasse:  
Lützow 7557

**Bernowsky-Bühne**  
Sommerzeit  
Theater  
Königsplatz-Str.  
T. Hasenheide 2116  
8 1/2 Uhr:  
**Getallene Engel**

**Hombliedhaus**  
Tel. Norden 6304  
8 Uhr:  
**Der Garten Eden**

**Volksbühne**  
Theater am Süllowplatz  
8 Uhr:  
Uraufführung  
**Der dutsche Michel**  
Morgen 8 Uhr:  
**D. dutsche Michel**

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: Dir. James Klein 8 1/2 Uhr:  
**Berlin ohne Hemd!**  
Die gewaltigste Revue  
200 Mitwirkende  
Sommerpreise

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Neu!  
Ein Hausball bei Meyer's  
Berliner Burleske von Herold.  
Dönhofs-Brett! (Gaul. Gut.)  
Varieté! — Konzert! — Tanz!

30 Jahre seit 1896 an  
**Opus 116**  
durch Schaumauflage mit  
Oberinger's Bierglas  
**Herba-Sais**  
erster Grotte-Beilage von Gammann  
in W. Der St. W. — 50, 60, 80, 100, 120, 150, 200, 250, 300, 400, 500, 600, 800, 1000, 1500, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 8000, 10000, 15000, 20000, 30000, 40000, 50000, 60000, 80000, 100000, 150000, 200000, 300000, 400000, 500000, 600000, 800000, 1000000, 1500000, 2000000, 3000000, 4000000, 5000000, 6000000, 8000000, 10000000, 15000000, 20000000, 30000000, 40000000, 50000000, 60000000, 80000000, 100000000, 150000000, 200000000, 300000000, 400000000, 500000000, 600000000, 800000000, 1000000000, 1500000000, 2000000000, 3000000000, 4000000000, 5000000000, 6000000000, 8000000000, 10000000000, 15000000000, 20000000000, 30000000000, 40000000000, 50000000000, 60000000000, 80000000000, 100000000000, 150000000000, 200000000000, 300000000000, 400000000000, 500000000000, 600000000000, 800000000000, 1000000000000, 1500000000000, 2000000000000, 3000000000000, 4000000000000, 5000000000000, 6000000000000, 8000000000000, 10000000000000, 15000000000000, 20000000000000, 30000000000000, 40000000000000, 50000000000000, 60000000000000, 80000000000000, 100000000000000, 150000000000000, 200000000000000, 300000000000000, 400000000000000, 500000000000000, 600000000000000, 800000000000000, 1000000000000000, 1500000000000000, 2000000000000000, 3000000000000000, 4000000000000000, 5000000000000000, 6000000000000000, 8000000000000000, 10000000000000000, 15000000000000000, 20000000000000000, 30000000000000000, 40000000000000000, 50000000000000000, 60000000000000000, 80000000000000000, 100000000000000000, 150000000000000000, 200000000000000000, 300000000000000000, 400000000000000000, 500000000000000000, 600000000000000000, 800000000000000000, 1000000000000000000, 1500000000000000000, 2000000000000000000, 3000000000000000000, 4000000000000000000, 5000000000000000000, 6000000000000000000, 8000000000000000000, 10000000000000000000, 15000000000000000000, 20000000000000000000, 30000000000000000000, 40000000000000000000, 50000000000000000000, 60000000000000000000, 80000000000000000000, 100000000000000000000, 150000000000000000000, 200000000000000000000, 300000000000000000000, 400000000000000000000, 500000000000000000000, 600000000000000000000, 800000000000000000000, 1000000000000000000000, 1500000000000000000000, 2000000000000000000000, 3000000000000000000000, 4000000000000000000000, 5000000000000000000000, 6000000000000000000000, 8000000000000000000000, 10000000000000000000000, 15000000000000000000000, 20000000000000000000000, 30000000000000000000000, 40000000000000000000000, 50000000000000000000000, 60000000000000000000000, 80000000000000000000000, 100000000000000000000000, 150000000000000000000000, 200000000000000000000000, 300000000000000000000000, 400000000000000000000000, 500000000000000000000000, 600000000000000000000000, 800000000000000000000000, 1000000000000000000000000, 1500000000000000000000000, 2000000000000000000000000, 3000000000000000000000000, 4000000000000000000000000, 5000000000000000000000000, 6000000000000000000000000, 8000000000000000000000000, 10000000000000000000000000, 15000000000000000000000000, 20000000000000000000000000, 30000000000000000000000000, 40000000000000000000000000, 50000000000000000000000000, 60000000000000000000000000, 80000000000000000000000000, 100000000000000000000000000, 150000000000000000000000000, 200000000000000000000000000, 300000000000000000000000000, 400000000000000000000000000, 500000000000000000000000000, 600000000000000000000000000, 800000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000000000, 100, 15000000000000000000000000000000000000000, 200, 300, 400, 500, 600, 800, 1000, 1500, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 8000, 100, 15000, 200, 300, 400, 500, 600, 800, 1000, 1500, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 8000, 100, 15000, 200, 300, 400, 500, 600, 800, 1000, 1500, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 8000, 100, 15000, 200, 300, 400, 500, 600, 800, 1000, 1500, 2000, 3000,

## Ein ungebetener Gast.

Von Friedrich Katteroth.  
(Schluß.)

Doch aller Spaß findet ein Ende, und eigentlich war dies nur der Auftakt für anderes, was Spitz im Schilde führte. Er lief auf die Gasse hinaus und klaffte Karl an, ihm zu folgen. Sie rannten die Gasse hinauf und zum Dorf hinaus. Der Knabe spähte nach einer Hügelkette am Horizont, von der er wußte, nach dieser Richtung hin führe der Weg zur Mutter. Das wußte Spitz auch, der hatte übrigens schon die Spur seines Herrn gefunden. Aber wer mochte die Entfernung kennen, die richtige Straße wissen nach dem Dorf hinter dem Berg. Klein und niedrig drehten sich da hinten die Flügel einer Windmühle, es sah aus, als böhrten sie sich in die Erde und sprangen wieder auf.

Fragend sahen sich die beiden Verschmorenen an. Hier war ein Wagnis zu unternehmen, aber Spitz war sich seiner Sache gewisser als der Knabe, was er durch lauten Jurist zeigte. Er lupfte ihm am Kopf und zog ihn vorwärts. Karl konnte solcher Vordung nicht widerstehen, und die Sehnsucht nach der fernen Mutter brannte ihm wieder neu im Herzen. Sie setzten sich also in Trab, wobei der Knabe dem Hund knapp folgen konnte. Später hielten sie es so, daß Spitz immer einen halben Kilometer vorauslief und dann auf den Knaben wartete, bis er heran war.

Der Tag war heiß und warm, Duft von blühendem Alee zog von den Feldern herüber. Im Westen neigte sich bereits die Sonne in die blauen Wälder am Horizont. In der Grenze der Gemarkung, inmitten des schiffelförmigen Tales, das die Chaussee durchschnitten, führte der Weg über eine kleine Brücke. Karl kannte den Platz, einige Felder des Großvaters grenzten hier an. Man konnte stundenlang im Gras liegen und in den klaren Bach schauen, in dem sich keine Fische und Käfer tummelten. Auch jetzt verspürte er Reizung, sich in dieses Spiel zu vertiefen.

Spitz klaffte vor Ungeduld oben auf dem Wege. Sie setzten sich wieder in Trab. Die Höhe war nun erreicht, einige Kilometer entfernt lag eine Ortschaft, die wie ein Ziel winkte. Ob es diese war, in der die Mutter wohnte, wußte Karl nicht. Aber hier gab es vieles Neues zu betrachten, vor allen Dingen den neuen Ausschnitt der Landschaft, der sich aufbot. Das war eigenartig, man konnte auf dem Grunde gehen so weit man mochte, immer kamen Täler und Höhen, und die Ferne ringsum wurde von blauen Wäldern abgeschlossen. So lange man noch das Dorf des Großvaters im Rücken liegen sah, war es dem Knaben nicht bänglich zumute. Doch da bog Spitz im Dorf schon in eine Seitenstraße ein, die zwischen Gärten eine Höhe hinansteuerte. Langsam drehten sich dort im Abendwind Windmühlen, es schien, als winkten sie, hier hinauf zu kommen. Sie liefen nun auf einem Bergkamm. Rechts und links rannen die langgestreckten Felder in Täler hinab, in denen Weiden und rote Ebereschen prangten. Abenddämmerung stieg dort schon langsam herauf. Bald sah der Knabe die Kirchturmspitze eines zweiten Dorfes zwischen Bäumen hervorstechen. Als sie die ersten Häuser erreichten, war die Dunkelheit hereingebrochen.

Den Knaben befiel leichte Angst, sich so weit vom Hause entfernt zu haben, die Füße schmerzten ihn empfindlich. Spitz zeigte sich ganz ungebärdig, weil sein Freund nun am Ziel der Wünsche verzagen wollte. Er lief immer eine Dorfstraße voraus und wartete ein Ende, bis Karl ihm gefolgt war. Durch mehrere Straßen führte er ihn auf solche Weise, bis er plötzlich an einem offenen großen Hof Halt machte. Hier rannte er toll vor Freude durch das Tor bis zur Haustür und wieder zurück.

Ueber der Tür des Hauses hing ein Wirtshauschild, auf dem ein Gambrianus in einem roten Wams ein schäumendes Glas Gerstebier in die Höhe hielt. Die Stuben waren erleuchtet, laute Fröhlichkeit klang aus geöffneten Fenstern. Spitz verschwand in der offenen Haustür, strich im Ausschaut um die Beine der Gäste und rannte wieder in den Flur hinaus. Jetzt lief er die steinerne Treppe zu der Wohnstube hinauf.

Feiertäglich gekleidete, lachende und lärmende Menschen sahen wie zu einem Fest um eine lange Tafel. Spitz fand seinen Herrn, der ganz oben am Tisch saß, sofort heraus. Freudeklaffend umsprang er den Gekochten.

„Das ist doch Spitz! Wo kommst du her, du Stroch?“ Trotz des schwarzen Feiertagsgewandes hob ihn sein Herr auf den Schoß.

Eine Frau an seiner Seite beugte sich über das Tier und streichelte es mit stillem Lachen:

„Kommst du auch, kleiner Kerl, mir zu meinem Hochzeitstag Glück zu wünschen?“

Die Anwesenden bestaunten gebührend das Wunder, wie Spitz allein den weiten Weg gefunden hatte. Der Bräutigam begann von der Klugheit seines Hundes zu erzählen, doch ein Gast wies auf die Tür:

„Ach glaube, da ist noch einer gekommen!“

Da stand der Junge. Niemand hatte ihn bisher beachtet. Den kleinen Arm hielt er in Höhe der Augen, um sich vor dem anfliegenden Licht zu schützen. Die Mutter hatte er bereits erspäht, sein Herz pochte zum Zerplatzen. Und doch stand er wie festgemurzelt auf der Schwelle.

„Mein Junge, Gott, was bedeutet das? Wo kommst du her?“ rief die Mutter. Sie rannte mit ausgebreiteten Armen auf ihn zu.

Pflichtig lag sein Kopf in ihrem Schoß, und ein langverhaltenes Weinen klang in ihm auf. Es schüttelte seinen schwächlichen Körper und wimmerte fallungslos in seine zerbrochenen Hoffnungen hinein.

Die laute Stimmung der Hochzeitsgäste war verfliegen. Man sah sich erschrocken an. Der Mutter trieb Scham die Röte ins Gesicht.

Sie stellte den Knaben energisch vor sich hin und schüttelte ihn.

„Sei still und betrage dich vernünftig!“ befahl sie. Karl schwieg, verharrte aber weiter im stummen Trost. Sie führte ihn zu einem großen blonden Mann; Kinder in gleichem Alter wie Karl umdrängten ihn.

„Nach dein mütterliches Gesicht und gib deine Hand, es ist dein neuer Vater! Und das hier sind deine Brüder und Schwestern, die warten schon, daß du mit ihnen spielst!“

„Ich will keinen neuen Vater. Ich will mit niemand spielen!“ wehrte der Knabe und suchte sich den Händen der Mutter zu entziehen. Sie nahm ihn auf ihre Arme und trug ihn in's stille Nebenzimmer. Man hörte, wie die ganze Gesellschaft aufschrie,

## Die Wilden sind doch bessere Menschen.



Als Abd el Krim den Krieg verlor, stellte er sich mitfam seiner Familie seinem Gegner zur Verfügung. Seine Güter wurden eingezogen und er selbst nach Madagastar verbannt.



Wilhelm, als er seinen Krieg verlor, ließ sein Volk in Not und Elend sitzen und verlangt von ihm nun, daß es ihm Hunderte von Millionen nachwirft.

als Großvater erzählte, daß Karl seine Mutter habe heiraten wollen.

Der Kummer des Knaben löste sich in lautem Schluchzen. Plötzlich fühlte er auch die Tränen der Mutter auf seine Hände tropfen.

„Mutter, du wolltest doch warten, bis ich groß bin!“

Es war der Frau durchaus nicht recht, sich vor ihrem Kinde zu verantworten, noch dazu in diesem Augenblick. Was verstand so ein dummer Junge von den Ursachen, die sie zur Heirat mit diesem Hofbesitzer geführt hatten! Und doch schien es ihr beim Anblick ihres Jungen, als ob alle Vorteile verschwanden, die sie durch ihre Heirat glaubte eingetauscht zu haben. Sie wollte sich einreden, daß es Empfindungen selbstloser Art waren, von denen sie sich hatte treiben lassen. Die Not, die sie in dem kinderreichen und mütterlosen Haushalt angefundnen hatte, war ihr zu Herzen gegangen, das Jüngste, fast verkümmert, lag noch in der Wiege. Nun hatte es sich sichtbar unter ihrer Pflege erholt und lachte ihr entgegen, als wäre sie seine eigene Mutter. Die anderen warteten auch, sie „Mutter“ rufen zu können.

Der Vater der Frau trat in die Stube. Er nahm insgeheim Partei für seinen Enkel, er hätte es lieber gesehen, wenn seine Lieblingsnichte in seinem Hause geblieben wäre. Aber es war seine Art, daß er Niemanden in seinen Entschlüssen behinderte.

„Beunruhige dich nicht wegen Karl. Ich hatte von vornherein vor, ihn zu behalten. Er wäre dir doch hier im Wege.“

Die Mutter drückte ihrem Vater dankbar die Hand. Nun mochte der alte Mann zum Aufbruch, es war reichlich spät zur Heimkehr geworden. Der Wirt trat hinzu und bestürmte den Alten, noch zu bleiben. Dann erbot er sich, ihn mit dem Pferde noch ein Stück des Weges zu fahren. Karl ließ die Hand des Großvaters nicht mehr los, bis sie auf den Wagen stiegen. Auch Spitz mußte mit hinauf, das machte Schwierigkeiten. Karl mußte lachen, obwohl es ihm sonst wie Messer durch das Herz schnitt. Sein Trost galt jetzt mehr dem Mann, der vor ihm auf dem Bod saß und der ihm das Viehste, was er besaßen, genommen hatte.

Das große Dunkel der Nacht, in das sie hineinfuhren, löste lindernd den letzten Tränenrest. Karl fühlte etwas hart in der Tasche des Rockes drücken. Es war eine Tüte Kandiszucker, die fürsorgliche Mutter hatte sie ihm heimlich zugesteckt. Ungern und doch durch das seltene Raschwerl verlockt, hob er ein Stück in den Mund. Mit der Süßigkeit auf den Lippen vermeinte er wieder die warmen Küsse der Mutter zu spüren und schlief ein.

Er erwachte erst, als ihn der Großvater leise am Arm zog und vom Wagen hob. Sofort war auch alle Müdigkeit wie weggeschöpft, es war ihm, als hätte er sich aus einem bösen Traum gerettet. Mit geschärften Sinnen empfand er plötzlich das Unabänderliche des Geschehens.

Der neue Vater war mit ihnen bis an die ersten Häuser ihres Dorfes gefahren. Weiter mochte er nicht, um nicht länger abgehalten zu werden. Karl bequeme sich sogar, ihm beim Abschied die Hand zu reichen.

Wie er dann an der Seite seines Großvaters dahinschritt, in die Dunkelheit der Gassen hinein wie in einen schwarzen Schoß, schien ihm das schmerzliche Erlebnis dieses Tages schon weit in die Ferne gerückt.

## Wie ein Zentrumsfarrer über den Volksentscheid denkt.

Von Polizeioberst a. D. Hans C. Lange.

Ich rechne es zu den Glückfällen meines Lebens, daß mir die Schriften des am 23. Juni 1916 verstorbenen Volkschriftstellers Heinrich Hansjakob schon in jungen Jahren in die Hände gefallen sind. Ihnen verdanke ich viele Stunden reinen Genusses. Sie regten mich aber auch zum Nachdenken an, öffneten mir in mancher Beziehung die Augen und sind auf meine innere Entwicklung nicht ohne Einfluß geblieben. Wer es von den Lesern des „Vorwärts“ noch nicht wissen sollte, dem sei es hiermit gesagt, daß Hansjakob, der Proletariatssohn aus dem Schwarzwald, als welchen er sich immer stolz bekannte, zwar katholischer Pfarrer und eine Zeitlang auch Zentrumsabgeordneter gewesen ist, während seines ganzen Lebens aber auch glühender Republikaner und Demokrat war. Aus dieser Gesinnung hat er nie ein Hehl gemacht. Derbe Wahrheiten bekamen die Fürsten zu hören, und nie war sein Spott bissiger und schärfer, als wenn er ihn über die „Knechtlichkeit“ seiner Landsleute ausgoß. Aber er hatte auch den seltenen Mut, gegen seine kirchlichen Vorgesetzten aufzutreten, wenn seine innere Stimme es ihm gebot, unbeschadet seiner tiefen Frömmigkeit. Es konnte keinen gläubigeren Sohn der Kirche geben als ihn. Lebte er heute noch, kann kein Zweifel sein, daß er seine Volksgenossen nicht nur aufordern würde, zur Urne des Volksentscheids zu gehen, sondern sicher würde er auch die Forderung des Volkes bejahen. Denn Volksrecht ging ihm immer vor Fürstenanmaßung.

Da ihm der Tod leider den tapferen Mund geschlossen hat, sollen seine Worte für ihn sprechen:

„Erzbauern“: „Ich erinnere mich aber auch noch gar wohl, daß ich einmal, etwa zwölftjährig, auf den Federn hinter dem Kapuzinerkloster meiner Vaterstadt Garben machen half. Der „Läuferjoh“, unser alter Tagelöhner, band die Garben. Als nun der „Wendel“, unser Fuhrmann, kam, um die Garben zu laden, sah ich, daß der Läuferjoh, der sie an eine große Gabel spiechte und dem Wendel auf den Wagen streifte, von Zeit zu Zeit eine Garbe liegen ließ. Ich machte ihn darauf aufmerksam, weil ich glaubte, er habe sie übersehen. Da sprach der Tot: „Blüble, je die zehnt' Garb' gehört dem Fürsten.“ Ich fragte: „Warum?“ Der Tot antwortete: „Wil die g' meine Lüt u' der Welt sin, u' die Fürst e zu verhalte!“ Mir kam es unrecht vor, daß der Fürst ernten sollte, wo er nicht geäet und — demotrafisch, wie ich von Kindesbeinen an war — machte ich dem Läuferjoh den Vorschlag, die Garben anzuzünden. „Blüble!“ warnte der greise Tot, „des lösch du bliewe, wenn du nit ins Loch mit!“

„Sonnige Lage“: „So wie es z. B. der berühmte „alte Dessauer“ trieb, der ein Bauernschinder erster Güte war, machten es im 18. Jahrhundert noch viele seiner Standesgenossen; selbst die geistlichen Fürsten waren nicht besser. Und das Sprichwort: „Unterm Krumpfschab ist gut wohnen“ hat, soweit es sich auf Fürstbischöfe bezieht, sicher kein Bürger und Bauer erfunden.“

„Und doch sind meines Erachtens tüchtige Bauernfamilien ein größerer Segen und wichtiger Faktor in der menschlichen Gesellschaft als Fürsten und Prinzen; denn ohne diese können, wenn es sein muß, selbst die „Knechtlichen“ leben, ohne Bauern aber niemand.“

„Wenn alle Herzöge und Fürsten, die in dem Punkte (eheliche Treue) sich schon verwickelt haben, enthauptet worden wären, so würden die meisten Fürstengeschlechter längst ausgestorben sein, was sicher kein Unglück für die Völker wäre. Dies hätten dann lernen müssen, sich selbst zu regieren, und der Byzantinismus, der Servilismus und das Kulltum, diese Schandflecke der Menschewürde, wären auch nicht mehr.“

„Wer Behies hochinteressantes und hochverdientliches Werk über die deutsche Hofe vom 16. Jahrhundert an gelesen hat und nicht Vollblutdemokrat geworden, ist in meinen Augen ein Heil zu Vierd.“

„Ich schwärzte bis heute nur für zwei Könige, für den König Gambrianus und den griechischen König Codrus, der für sein Volk das Leben hingab, während sonst in der Weltgeschichte die Völker für die Könige sterben müssen.“

„Und nachdem die Völker mit ihrem Blut die Befreiungskriege geschlagen hatten, schlossen die Fürsten die „heilige Allianz“, die keinen anderen Zweck hatte, als die Unterthanen politisch zu knebeln und den kaiserlichen Absolutismus, den die französische Revolution gebrochen, wiederherzustellen. So dankten damals die Fürsten ihren Völkern.“

„Aus meiner Jugendzeit“: „und zudem die meisten Menschen von Natur, Geburt, Erziehung und Gemohnheit aus Inerthätigkeit sind, so wird die Mehrheit der Menschen allzeit so bleiben, und das ist der Trost für Fürstentum, Monarchie und Despotismus.“

„In der Karkhause“: „Mir scheint aber die Zeit, da die Fürsten im Tagelohn arbeiten, noch in weiter Ferne zu stehen. Es werden die Leute, welche es für eine Ehre halten, für Fürsten arbeiten und schwitzen zu dürfen, nicht so bald oder, richtiger, gar nie aussterben.“

„Ich denke aber jeweils: „O Michel, deutscher, einziger; wenn dir die Haut über den Kopf gezogen würde, du würdest Michel bleiben!“

„In allemweg halte ich es jedoch mit dem großen Revolutionsmann Broudhon, der da meint: „Leide und stirb, aber was dir Wahrheit dünkt, das sage.“

Aus dem Leben eines Biebelgeliebten: „Sie (die Franzosen) hatten den Mut, den Kaiser, der sie in die Patzche geführt, abzusehen und für immer des Landes zu verweisen. Andere Völker würden nach wie vor einem solchen Fürsten in alter Knechteligkeit dienen und nicht bloß die Blutkosten des Krieges bezahlen, sondern auch die letzten Großen sich aus der Tasche ziehen lassen, um die Kriegsschulden und Kontributionen zu bezahlen, während die Fürsten keinen Pfennig dazu hergeben. Also Respekt vor den Franzosen!“

Lebte Hansjakob heute noch, er würde gegen seine katholischen Amtsbrüder und gegen das Zentrum, die wieder einmal auf der falschen Seite stehen, zornig ausgebehren und kein Blatt vor den Mund nehmen. Er würde ihnen sagen, daß sie Verrat an deutschen Völkern und auch an ihren Wählern begehen. Die Entstehung der Fürstentümer hat mit Recht und Moral nie etwas zu tun gehabt. Für ihre Erhaltung einzutreten, heißt, sich auf den Weg begeben, den die Fürsten bei der Erwerbung eingeschlagen haben, nämlich auf den Weg des Unrechts und der Unmoral. Der einfache Sinn der Massen wird am 20. Juni schon mit übermächtiger Mehrheit den richtigen Entscheid zu treffen wissen. Die Arbeiterkraft aber, die bisher das Gros der Zentrumsähler stellte, wird bis zu den nächsten Wahlen nicht vergessen haben, daß die Zentrumsfraktion sich in der Sache des Volksentscheids für die Fürsten und gegen das Volk erklärt hat.

Hansjakobiner tun not, aber keine Fürstentredte.

Umwälzung in der Wetterprognose? Nach einem Bericht der Akademie der Wissenschaften in Paris hat Abbé Gabriel ein System von mathematischer Analyse zur Prüfung eingereicht, das eine Umwälzung in der Wetterprognose hervorrufen soll. Nach dem System des Abbé kann man das Wetter auf mehrere Jahre hinaus ziemlich voraussagen. Die wissenschaftliche Welt steht vorläufig dem Prognosensystem des Abbé Gabriel skeptisch gegenüber und wartet die von der Akademie der Wissenschaften angeforderte Veröffentlichung der gabelischen Wettergehebe ab. Nur soviel ist schon verlautbar geworden, daß Abbé Gabriel besonders harte Froste für den Winter 1926/27 ankündigt.

# Dauerkrise — wie lange noch?

## Keine Besserung des Arbeitsmarktes — Ist abwartende Wirtschaftspolitik möglich?

Das einzige, was über die deutsche Wirtschaftskrise mit ungewisser Sicherheit feststeht, ist ihre Stabilität. Mag man den heutigen Zustand in der Erwartung eines neuen Aufschwungs auch Depression nennen; da sie ungeheuer fortgedauert, ist sie nur der Ausdruck der Stabilität des Krisenzustandes. Seit Landwirtschaft und Baumarkt ihren Saisonbedarf (viel schwächer als sonst) gedeckt haben, blieb die Ziffer der Arbeitslosen bei eindreierlei Millionen stehen.

Eine Änderung in der Arbeitsmarktlage ist in der zweiten Juniwoche nach den Berichten der Landesarbeitsämter nicht eingetreten. Zugang und Abgang von Arbeitssuchenden blieben sich ungefähr gleich. Eine merkliche Zunahme zeigt Berlin; ebenso ist in der Pfalz die Lage am ungünstigsten. Bekanntlich ist die Arbeitslosenziffer in der zweiten Maiwoche um 0,1 Proz. gestiegen. Es scheint, daß die Wirtschaft zurzeit für Arbeitskräfte nicht weiter ausnahmefähig ist. Die Lage im Baugewerbe hat sich verschlechtert; auch in der Landwirtschaft besteht vorläufig kein besonderer Bedarf. In der chemischen Industrie ist im allgemeinen der Beschäftigungszustand nicht ungünstig.

Die Arbeitslosigkeit dezimiert die inländische Kaufkraft um so stärker, je länger sie dauert. Ihre Auswirkungen ergreifen um so nachhaltiger auch jene Industrien, die auf die Versorgung der arbeitenden Massen angewiesen sind. Wenn hier gelegentlich kleine Besserungen eintreten, so erklären sich diese als Saisonschwankung, z. B. bei der Textilindustrie.

Auf Grund der Feststellungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes unterlag die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter im Monat Mai gegenüber dem Monat April folgender Entwicklung:

	April 1926	Mai 1926
Arbeitslose . . .	58 988 = 20,0 Proz.	58 775 = 19,9 Proz.
Kurzarbeiter . . .	154 256 = 52,2	150 272 = 51,0
Arbeitslose und Kurzarbeiter . . .	213 244 = 72,2	209 047 = 70,9

Die Arbeitszeiterfüllung beträgt meist 17 bis 16 bzw. 17 bis 24 Stunden, d. h. es wird hauptsächlich zwei bis drei Tage pro Woche verkürzt gearbeitet. Der Rückgang der Arbeitslosen- und der Kurzarbeiterziffer im Monat Mai ist so minimal, daß von einer wirklichen Besserung der Lage kaum gesprochen werden kann. Es zeigt sich immer mehr und mehr, daß mit einer heftigen Stagnation des Arbeitsmarktes gerechnet werden muß.

Die einzelnen Branchen der Textilindustrie sind von der Krise durchaus verschieden betroffen. So zählt die Seiden- und Kunstseidenindustrie noch 39,1 Proz. Vollbeschäftigte, während der Prozentsatz der Vollbeschäftigten z. B. in der Seilereierie nur 19,5 Proz. und in der Gardinen-, Spitzen- usw. Industrie nur 5 Proz. beträgt. Am schlechtesten beschäftigt sind die Gawe Barmen, Augsburg, Stuttgart, Siegen und Berlin. Es folgen dann Kassel, Dresden und Hannover. Die beste Beschäftigung hat der Gau Bera aufzuweisen, dessen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahl weit unter dem Durchschnitt liegen.

### Die falsche Rechnung.

#### Die Industrie will zu reich sein.

Die Frage wird immer dringlicher, ob man angesichts der ganz abnormen Ursachen dieser Krise noch auf einen auf natürlichen Weise, d. h. durch die Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze eintretenden Aufschwung warten darf. Heute kostet die Krise wenigstens 100 Millionen Mark monatliche Unterhaltungen; das sind im Jahre wenigstens 1200 Millionen. Auf die Dauer ist das eine unumgängliche Belastung. Es ist absurd, wie neuestens Herr Urbig von der Diskontogesellschaft im „Bankarchiv“, von der Zuteilung von Kolonien an Deutschland etwas zu erhoffen. Das ist ebenso absurd, wie der Gedanke der Auswanderung. Denn ohne die Fähigkeit, Kapital zu exportieren, ist der Export von Menschen, sei es in Kolonien oder andere Länder der Erde, eine Illusion. Das Kapital haben wir nicht. Sofern wir es aber haben können, können wir es im Inland verwenden, um den sonst zu exportierenden Menschen Beschäftigung zu geben.

Auf die Steigerung des Exports werden unbedeutend große Hoffnungen gesetzt. Seine Steigerung erfolgt heute grotentells ohne Gewinn oder zu Verlustpreisen; sehr vielfach durch die Wirksamkeit der Kartelle und Schutzölle auf Kosten des Inlandsabzuges. Bleibt die Arbeitslosigkeit von Millionen auf absehbare Zeit bestehen, so findet dieser forcierte Export sehr bald ein Ende. Der Amerikaner Edward Gilene, bekannt durch seine Propaganda für die systematische Steigerung der Inlandsaufkraft, sprach in diesen Tagen gegenüber Pressevertretern den richtigen Satz aus: Export ohne Profit geht das Kapital auf und veranlaßt Lohnherab-

setzungen, die die Kaufkraft vernichten und zu den schwersten Erschütterungen führen. Die Forcierung des Exports, wie sie heute in Deutschland versucht wird, kann zu nichts anderem führen. Auch in Rußland wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Was Rußland importiert, muß es bezahlen können. Aus eigenem kann es — seine Exportbilanz ist miserabel, die Verfassung seiner Wirtschaft vom Ertragsgesichtspunkt noch miserabler — nur wenig kaufen. Kredit für große Kapitalaufnahmen hat Rußland nicht.

Sehr gern wird die starke „Belebung“ des deutschen Kapitalmarktes als Zeichen des Aufschwungs, der Ueberwindung der Depression gewertet. Zunächst ist sie nur ein Zeichen der Depression selbst. Denn es ist zum weitaus größten Teil altes, schon vor der Krise vorhandenes Geldkapital, das neue Anlage sucht, weil es auch arbeitslos geworden ist. Dazu ist es meist geborgtes Auslandsgeld, das mehr Zinsen kostet als es einbringt. Die Senkung der Zinssätze, die sein Ueberangebot gebracht hat, nützt der Wirtschaft nichts, denn es fehlen die Aufträge. Außerdem ist, volkswirtschaftlich betrachtet, die Zinsspanne erschöpfend; diese ist seit dem Beginn der Krise nicht nennenswert verkleinert worden. Gelänge es auch der Reichsbank, was nicht abzusehen ist, sie auf normale 2—3 Proz. herunterzubringen, so würde die Ersparnis nicht genügen, den Export angriffsfähig, den Inlandsmarkt ausnahmefähig genug zu machen.

Zweierlei ist heute sicher, die kleinen, aus der Vorkriegszeit gewohnten Mittel der Krisenlösung sind heute erschöpft. Man kann sich zweitens zwar darauf verlassen, daß ein mal die ökonomischen Gesetze selbst die Krise lösen werden; es fragt sich aber, ob und wie die deutsche Wirtschaft das aushält. (Verrückt ist der Gedanke der Lohnsenkung, den Herr Urbig wieder einmal vertreten hat; denn Löhne und Gehälter sind zwar Kosten der Produktion, aber sie sind mit den Soziallasten und Steuern heute zugleich auch die einzige Basis für das Absetzen der Produktion.) Deshalb muß die Frage gestellt werden, ob die Lösung der Krise ohne bestimmte Eingriffe noch möglich ist. Diese Frage wollen wir heute nur aufwerfen.

Es ist Tatsache, daß die gesamte Wirtschaftspolitik Deutschlands seit der Stabilisierung der Währung sich darin erschöpft hat, der Industrie, der Landwirtschaft, den Banken zu einer Rente zu verhelfen, oder sie ihnen zu belassen, unbedürftigt um das Interesse der Gesamtwirtschaft. Es muß die Frage gestellt werden, ob eine solche Wirtschaftspolitik Erfolg haben kann, wenn die entscheidende Voraussetzung, eine ausreichende Beschäftigung, fehlt. Tatsache ist, daß die Aktiengesellschaften in Deutschland zwar zur Erstellung von Goldbilanzen angehalten worden sind, daß die Bemessung des Aktienkapitals aber in ihr Belieben gestellt blieb. Die erfolgte Kapitalisierung der Aktienunternehmungen ist sehr vielfach in Widerspruch erfolgt, sowohl mit den ihnen erreichbaren Aufträgen, als auch mit den von ihnen erzielten Erträgen. Die Gewinnansprüche, die der Kartellisation zugrundegelegt werden, sind infolgedessen zu hoch. Es liegt die Frage nahe, ob für die heute unrentablen Gesellschaften nicht von Gesetzes wegen bis zu einem bestimmten Termin eine Neuumstellung verlangt werden muß, die dem von ihnen tatsächlich erzielten Ertrag Rechnung trägt. Diese Ueberkapitalisierung mit ihren überhöhten Gewinnansprüchen fördert, da die meisten Unternehmungen an ihrer Aufrechterhaltung ein Interesse haben, die Kartellierung und hindert dadurch die Auswirkung der Konkurrenz und die Senkung der Preise. Sie verstärkt gleichzeitig die Schutzölforderungen, deren Erfüllung die gleichen Wirkungen hat, wie die Kartellierung und Syndizierung. Die heutigen Kartelle sind keine Produkte einer normalen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaftsverhältnisse wie in der Vorkriegszeit; sie sind in den meisten Fällen Geschöpfe der Inflation oder Instrumente zur künstlichen Erzeugung einer Rentabilität, die bei dem heutigen Mangel an Aufträgen sonst nicht erreichbar wäre. Es wird überlegt werden müssen, ob dieser künstliche, naturnotwendig krisenfördernde Unterbau der heutigen Kartellwirtschaft noch weiterhin ertragbar ist und ob nicht mit bestimmter Befristung die Preisregulierung durch die Kartelle und Syndikate zu unterbinden ist. Endlich scheint es zweifellos, daß die großen Massen der von der Industrie aufgenommenen Auslandskapitalien heute nur deshalb arbeitslos geworden sind, weil die Möglichkeit rentabler Verwendung infolge der Ueberkapitalisierung in den Goldbilanzen und den zu hohen Gewinnansprüchen des Eigenkapitals vielfach ausgeschlossen ist. Es muß geprüft werden, ob die Fortdauer der Wirtschaftskrise nicht die unmittelbare Folge einer falschen Sanierungspolitik in der Industrie ist und ob die „Belebung“ des deutschen Kapitalmarktes nicht als Zerlegungsercheinungen einer falsch gelenkten und falsch sanierten Wirtschaft angesehen werden müssen, denen eher eine Verschärfung als eine Milderung des Krisenzustandes folgen muß. Diese Fragen müssen heute aufgeworfen werden.

rende Aufwärtsbewegung. Am 31. Mai waren 119 Konten mit 16 Millionen vorhanden. Die genossenschaftliche Kapitalbildung übertrifft die künftigen Erwartungen.

Einen sehr lehrreichen Vortrag erstattete Sierakowski-Hamburg über die umfangreiche Tätigkeit der Fortbildungskommission. Eine lebhafteste Debatte rief ein Referat von Schmecker-Hamburg über die Mitarbeit der Frauen in der Genossenschaftsbewegung hervor. Er teilte mit, daß an 8311 Aufführungsveranstaltungen im vergangenen Jahre 1654000 Frauen teilgenommen haben.

Die übrigen Tagesordnungspunkte waren rein geschäftlicher Natur. Die Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und der Fortbildungskommission wurden nach Erzielung der Entlastung einstimmig wiedergewählt. Hierauf schloß der Vorsitzende Lorenz die Tagung mit den Worten: „Die genossenschaftliche Wirtschaftsorganisation ist die Wirtschaftsorganisation für die minderbemittelte Bevölkerung. Bleibt sie dessen eingedenk, dann hat sie ihre Daseinsberechtigung.“

Am Donnerstag findet noch die 32. Generalversammlung der Großaufsehergesellschaft Deutscher Konsumvereine und anschließend daran die ordentliche 14. Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt.

### Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe.

Am Sonntag, den 13. Juni 1926, wurde in Rottbus die „Niederlausitzer Bauernschaft“ von führenden Bauernvertretern der Niederlausitz unter Mitwirkung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe gegründet. Hier, wie in zahlreichen ähnlichen Fällen, bildeten den Anlaß zur Gründung einer vom Großgrundbesitz unabhängigen selbständigen Bauernorganisation die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes und das Verlangen des Landbundes auf allen Gebieten, insbesondere seine einseitige parteipolitische Betätigung.

Eine Thyssen-Anleihe. Seit einigen Tagen lag eine Mitteilung über eine 5-Millionen-Dollar-Anleihe des Thyssen-Konzerns vor. Wir verzeichneten sie nicht, weil uns eine Sonderanleihe von Thyssen nach der Verschmelzung zum Montantrust unwahrscheinlich schien. Die Frage ist jetzt gelöst. Der Thyssen-Konzern nimmt tatsächlich die Anleihe (sechszwanzigprozentig, Bankverbindung Dillon, Read Co. and National Acceptance Bank) auf. Die Anleihe geht aber nicht auf den Montantrust über, sondern dient der Abwicklung von Geschäften, die der Thyssen-Konzern unabhängig von seiner Zugehörigkeit zum Montantrust selbst noch zu regulieren hat. Welcher Art diese Geschäfte sind, bleibt allerdings unklar. Die Anleihe soll übrigens kurzfristig und unter der Hand, d. h. als Kredit gegeben sein.

Angestelltenfragen im Allianzkonkern. In der Generalversammlung der Allianz-Versicherungs-Allianzgesellschaft wurden in der Hauptsache Angestelltenfragen besprochen. Ein Angestelltenvertreter wünscht, daß auch in diesem Jahre, wie alljährlich, Gratifikationen verteilt werden, daß bei dem Aufbau auf die langjährig beschäftigten Angestellten Rücksicht genommen wird. Er verlangt ferner eine Spezifizierung der Verwaltungskosten, und zwar nach der Richtung, daß die sachlichen Kosten von den Personalkosten getrennt werden und daß unter den Personalkosten Gehälter der Direktoren von den Gehältern der übrigen Angestellten getrennt aufgeführt werden. Bezeichnend ist, daß Angestellte, die früher über Tarif bezahlt wurden, jetzt nur noch das Tarifgehalt bekommen, und der Angestelltenvertreter verlangt ferner, daß Angestellte, die eine längere Dienstzeit haben, unförderbar angestellt werden. Er fragt ferner, ob ein Abbau von Angestellten beabsichtigt sei, zumal ja jetzt erhebliche Fusionen vorgenommen werden. Von der Verwaltung wurde darauf erwidert, daß ein weiterer Abbau nicht zu erwarten sei, daß die älteren Angestellten ja durch die Personalarbeitungen eine gewisse Sicherheit hätten und daß die Verwaltung genötigt gewesen wäre, die Verwaltungskosten zu mindern, zumal das Jahr 1925 beständig habe, daß die Prämie in den Abteilungen „Feuer“ und „Kavalas“ zu niedrig wäre. Dadurch hätte die Gesellschaft in diesen Abteilungen Verluste erlitten. Die Generalversammlung genehmigte die Uebernahme der „Providentia“, „Deutschen Phönix“, „Wilhelma“, „Rölnische Versicherungsbank“ und die „Balz-Versicherungs-A.-G.“. Es bleiben demnach außer der Allianz-Versicherungs-A.-G. noch folgende Versicherungsgesellschaften als selbständige Unternehmungen des Allianzkonkerns bestehen: Die Brandenburgische Spiegelglas-Versicherungs-A.-G., die Globus-Versicherungs-A.-G., die Hermes-Kreditversicherung, Kraftversicherung-A.-G. des Automobilklubs und Union Allgemeine Deutsche Hochleistungsversicherungs-A.-G. Es werden demnach Unfall und Haftpflicht in der Allianz-Versicherungs-A.-G. zusammengefaßt und Lebensversicherungen in der Allianz-Lebensversicherungsbank-A.-G. Die kleinen Unternehmungen, die als selbständige Unternehmungen bestehen bleiben, betreiben Spezialzweige. Die Allianz-Lebensversicherungsbank-A.-G. erzielte einen Reingewinn von 1,112 Millionen Mark, aus dem eine Dividende von 8 Proz. zur Verteilung gelangt und die Allianz-Lebensversicherungsbank-A.-G. weist einen Gesamtüberschuß von 4,2 Millionen Mark auf, 3,9 Millionen davon werden der Gewinnreserve der Versicherten zugewiesen, 125 000 Mark fließen der allgemeinen Reserve zu, die Aktionäre erhalten 10 Proz.

Karl Lindström A.-G. Im Gegensatz zu vielen anderen Gesellschaften, die auch heute noch glauben, Rechtsmittelaktien mit der Rotierung der Ueberbreitungsgefahr aufrechterhalten zu können, wurde in der Generalversammlung der Karl Lindström A.-G. mitgeteilt, daß sich die große amerikanische Columbia Phonograph Company durch Uebernahme von Aktien an den deutschen Unternehmen beteiligt habe. Es wurden auch entsprechende Zuwahlen zum Aufsichtsrat vorgenommen. Das Unternehmen ist, nach Mitteilung der Verwaltung, zurzeit gut beschäftigt, besonders das Auslandsgeschäft kann als befriedigend angesehen werden. Die Entwicklung des Radio hat der Gesellschaft bisher keinen Abbruch getan. Ein Abbau von Angestellten hat im laufenden Geschäftsjahre nicht stattgefunden, dagegen ist die Zahl der Arbeiter verringert worden, doch hängt das mit der Saison zusammen. Das ist eben eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung. Im Winter wird eine Neueinstellung von Arbeitern vorgenommen werden. Die Bilanz schließt mit einem Reingewinn von 845 039 M., aus dem auf das Aktienkapital von 7 Millionen Mark eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung gelangt. Das Unternehmen weist auf der Passivseite an Gläubiger und Rückstellungen 1 689 527 Mark auf, denen an flüssigen Mitteln (Kassenbestand, Bankguthaben, Kassenbestände und Wechselbestand) 3 069 558 Mark gegenüberstehen. Rechnet man dazu den mit 3 440 440 Mark bewerteten Warenbestand, so kann die Bilanz als sehr flüssig bezeichnet werden.

Deutsch-französisches Aufwertungsabkommen. Zwischen der deutschen und französischen Regierung ist ein Abkommen über die Durchführung der deutschen Aufwertungsgehalte abgeschlossen, das am 4. d. M. in Berlin ratifiziert worden ist. In dem Abkommen wird der Grundgedanke der Restbegünstigung auf dem Gebiete des Aufwertungsrechts vereinbart. Die französische Regierung gibt den deutschen Staatsangehörigen die bisher auf Grund des Versailler Vertrages unter Zwangsverwaltung gestellten deutschen Restanleihen frei; sie empfängt dafür von dem Einlösungsbetrage, den die deutschen Gläubiger dieser Anleihen nach dem deutschen Einlösungsgesetz auf die freigegebenen Anleihen erhalten, soweit die freigegebenen Anleihen Reichsanleihen sind, ein Viertel, soweit sie Länder- oder Gemeindeanleihen sind, die Hälfte. Des Weiteren bindet das Abkommen eine Aufwertung der deutschen Reichsangehörigen gehörenden Restanleihen, die eck-lothringische Gemeinden vor dem Waffenstillstand ausgegeben haben. Ueber die Durchführung des Abkommens wird das weitere später bekanntgegeben werden. Die Interessenten wollen daher von Anfragen bis auf weiteres absehen.

### Der 23. Genossenschaftstag.

München, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Kongreß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine war ausgefüllt mit Berichten des Vorstandes und der Ausschüsse. Heinrich Kaufmann-Hamburg berichtete über die Entwicklung des Zentralverbandes. Dabei stellte er fest, daß die Großaufsehergesellschaft deutscher Konsumvereine stark und gesund dastehe und überhaupt zu den gesundesten Wirtschaftsbetrieben Deutschlands gehöre. Ihr sind 1110 Genossenschaften angeschlossen, mit 3 352 000 Mitgliedern. 1914 betrug die Mitgliederzahl 1,7 Millionen, 1924 waren es 3,5 Millionen. Der kleine Rückgang gegenüber dem Jahre 1924 erklärte sich damit, daß viele Leute während der Inflationszeit den Genossenschaften nur aus Not, nicht aber aus Ueberzeugung beigetreten waren, die dann nach Eintritt der Stabilität wieder verschwand. Beruflich gliedern sich die Mitglieder wie folgt: selbständige Gewerbetreibende 5,84 Proz., selbständige Landwirte 3,40 Proz., Angestellte und Beamte 9,52 Proz., Gehalts- und Lohnempfänger in gewerblichen Betrieben 68,49 Proz., Gehalts- und Lohnempfänger in landwirtschaftlichen Betrieben 2,78 Proz., ohne bestimmten Beruf 11,98 Proz. 30 bis 40 Proz. aller Mitglieder sind gewerkschaftlich organisiert.

Der Gesamtumsatz im Jahre 1925: 616 Millionen.

Bailein-Hamburg sprach über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes. Er klagte lebhaft über die Gegenwehr, die von gewissen Behörden den Konsumvereinen gezeigt werde. Besonders werde von dieser Seite versucht, die Spareinrichtungen des Verbandes zu disziplinieren. Der Verband werde an der Einrichtung eines Seminars mit einer ordentlichen Professur für das Genossenschaftswesen an irgendeiner deutschen Universität festhalten. Weiter kräftigste er die Zoll- und Ernährungspolitik des Reichsernährungsministeriums und die klagliche Preisabbau-Aktion der Regierung.

In der lebhaftesten Diskussion verhandelten kommunistische Redner die Fragen des Volkenscheids, der Arbeitslosigkeit usw. in die Debatte zu werfen. Sie wurden aber gehörig abgelehnt, wobei Karl-Hamburg darauf hinwies, daß weder gewerkschaftliche noch politische Fragen im Rahmen einer Genossenschaftsversammlung behandelt werden können. Er brachte u. a. auch ein Beispiel vor, wonach kommunistische Gemeinderatsmitglieder den Antrag kapitalistischer Parteien auf Ausschaltung der Konsumvereine von der Bellefleur öffentlicher Anstalten unterstützt haben.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Verbandsleitung, der auch die sofortige Entsendung einer Delegation nach Rußland forderte, wurde nicht behandelt, da seine Einbringung nur von 24 der 850 stimmberechtigten Delegierten unterstützt wurde.

Hierauf wurden vier Entschlüsse einstimmig angenommen. In einem Antrag wird die Anerkennung der Konsumgenossenschaften im allgemeinen Wirtschaftsprogramm des ADGB begrüßt. Die zweite Entschluß wendet sich

#### gegen die Hochschutzzölle der Reichsregierung.

verlangt schärferen Kampf gegen die Kartellschüsse, Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer und protestiert gegen die Gewerbesteuer, die eine Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine darstelle. Weiter wird gefordert, daß die Konsumgenossenschaften bei der Zusammensetzung im endgültigen Reichswirtschaftsrat in gleicher Weise berücksichtigt werden wie im gegenwärtigen Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Endlich verlangt eine Entschluß, daß das Kartellrecht im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen sei.

Nach einem weiteren Referat von Paul Hoffmann-Hamburg wurde eine fünfte Entschluß einstimmig angenommen, die verlangt, daß im Genossenschaftswesen grundsätzlich das System der Barzahlung erhalten bleiben und ausgebaut werden soll.

#### Dritter Tag.

Den dritten Kongreß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eröffnete Kaufmann-Hamburg mit einem Referat über Internationale Genossenschaftsangelegenheiten. Er teilte mit, daß zurzeit zirka 40 Millionen Familien auf der Erde genossenschaftlich organisiert seien. Als sichtbares Zeichen der Bundesgemeinschaft habe der Internationale Genossenschaftsbund die siebenfarbige Regenbogenflagge gewählt. Jeder erste Sonnabend im Juli ist als internationaler Werbetag gedacht. Kaufmann berichtete dann über das Konsumgenossenschaftliche Sparwesen. Das Geschäftszahlen betrug auf Grund der Goldmarkbilanz Ende 1925 rund 28 Millionen. Die Spareinlagen beliefen sich auf 82 Millionen. Davon waren 42 Millionen durch Aufwertung entstanden. Im letzten Friedensjahr waren die Spareinlagen 80 Millionen Mark. Das erste Quartal 1926 brachte einen neuen Zuwachs von 14 Millionen. Auch bei den Bankguthaben zeigt sich eine fortwäh-